

中国报导



SONDERDRUCK
aus
CHINA-REPORT

Nummer 19/20/1974

Uwe G. Fabritzek

**CHINA NACH DEM „STURM“ –
POLITISCHE UND
WIRTSCHAFTLICHE TENDENZEN
SEIT DER KULTURREVOLUTION**

Gerd Kaminski, Wien

**EINFLUSS DER KRITIK AN LIN
BIAO UND KONFUZIUS AUF DIE
CHINESISCHE AUSSENPOLITIK?**

Von der Wochenendtagung des Österreichischen China-Forschungsinstitutes über
DIE KRITIK AN LIN BIAO UND KONFUZIUS –
CHINA NACH DEM 10. PARTEITAG

Uwe G. Fabritzek

I. Der IX. Parteitag der KP Chinas

CHINA NACH DEM „STURM“ –
POLITISCHE UND
WIRTSCHAFTLICHE TENDENZEN
SEIT DER KULTURREVOLUTION

Vorbemerkung

Die Entwicklung Chinas seit der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ war ungemein vielfältig und läßt sich nicht in einigen dünnen Worten zusammenfassen. Bedeutende Veränderungen ergaben sich sowohl im Inneren – was insbesondere die Stellung von Partei und Armee im Staat betrifft – wie auch im Bereich der Außenpolitik und dem der Wirtschaft. Entscheidende Markpunkte dieser Entwicklung waren die beiden Parteitage der Kommunistischen Partei Chinas, die seither abgehalten wurden – der IX. im April 1969 und der X. im August 1973.

Im folgenden sollen die Ergebnisse dieser beiden Parteitage einer genaueren Betrachtung vor allem im Hinblick auf die erwähnten Bereiche unterzogen werden, da davon auszugehen ist, daß diese Parteitage entscheidenden Einfluß auf die gesamtpolitische Entwicklung Chinas ausübten und die Akzente für die künftige Politik setzten, auch wenn dies im Einzelfall – zumindest für den ausländischen Beobachter – erst später ersichtlich wurde. In einer abschließenden Zusammenfassung der Ergebnisse soll dann versucht werden, die entscheidenden Tendenzen seit der Kulturrevolution summarisch zusammenzufassen.

Der IX. Parteitag der KP Chinas fand vom 1. bis 24. April 1969 in Peking statt. Er war der zweite seit der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 und fand mit einem Abstand von 11 bzw. 13 Jahren zum VIII. Parteitag (wenn die 2. Sitzung des VIII. Parteitages im Mai 1958 zugrunde gelegt wird) statt. Nach dem geltenden Parteistatut waren Parteitage im vierjährigen Turnus vorgesehen und nur „bei außergewöhnlichen Umständen“ zeitliche Verschiebungen erlaubt¹.

Die Abhaltung dieses Parteitages muß vor dem Hintergrund der Kulturrevolution in China gesehen werden, die erhebliche innenpolitische Veränderungen mit sich gebracht hatte und die die Wirtschaftsentwicklung ebenso wie die Außenpolitik in großem Umfang beeinflußt hatte. Aus dieser Sicht stellt der IX. Parteitag praktisch das Ende der Kulturrevolution dar und leitete gleichzeitig den Beginn einer neuen Politik in allen Bereichen ein. Insgesamt nahmen an diesem Kongreß 1512 Delegierte, zusammengesetzt aus proletarischen Revolutionären, Industrie- und Fabrikarbeitern, Armen und Mittelstandsbauern, Angehörigen der Volksbefreiungsarmee und Rotgardisten teil. 1956 beim VIII. Parteitag waren es 1021 Delegierte gewesen. Rotgardisten waren gar nicht, Industriearbeiter und Bauern in wesentlich geringerem Maße beteiligt.

Das Programm des IX. Parteitages sah drei Punkte vor:

1. Den politischen Bericht Lin Piaos an das Zentralkomitee
2. Die Reform des Parteistatuts
3. Die Wahl der Mitglieder des neuen Zentralkomitees.

Außerdem wurde die nach dem alten Parteistatut notwendige Bestätigung des Staatspräsidenten der VR China, Liu Shao-chi, und die Ernennung des Verteidigungsministers Lin Piao zum stellv. Vorsitzenden und Nachfolger Mao Tse-tungs erwartet. Bereits die Einberufung des Parteitages galt als Erfolg von Mao Tse-tung, als weitere und offenbar endgültige Konsolidierung seiner Macht die Bestätigung der universalen Gültigkeit der „Gedanken Mao Tse-tungs“ und als Legalisierung der Kulturrevolution.

Die Dokumente, die über den Parteitag veröffentlicht wurden, waren im wesentlichen:

- Vier Pressecommuniqués, vom 1., 14., 24. und 28. April 1969
- Die Namenslisten des neuen Zentralkomitees und seiner Führungsgremien
- Das neue Parteistatut sowie
- Der „politische Bericht“ Lin Piaos an das Zentralkomitee.

Während die Kommuniqués mit Ausnahme des Schlußkommuniqués vom 24. April als reine Arbeitsberichte knapp und sachlich gehalten waren, gaben die Namenslisten der 279 Mitglieder und stellv. Mitglieder des neuen Zentralkomitees, der 25 Mitglieder und stellv. Mitglieder des neuen Politbüros sowie der 5 Mitglieder seines ständigen Ausschusses wesentlich mehr Aufschluß über die machtpolitische Konstellation im China nach der Kulturrevolution. Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß die neue Parteihierarchie erhebliche Veränderungen gegenüber der des VIII. Parteitages aufwies, da viele bekannte Namen, die bereits während der Kulturrevolution kritisiert wurden, verschwunden waren. Andererseits waren nur wenige unbekannte Personen in die Führungsgruppe vorgestoßen. Sie setzte sich größtenteils aus treuen Gefolgsleuten Mao Tse-tungs, Parteiveteranen und Guerillaführern zu-

sammen, die bisher zur „zweiten Garnitur“ gehörten und erst im Verlauf der Kulturrevolution in den Vordergrund gerückt waren.

Bezogen auf die personelle Zusammensetzung der höchsten Führungsgremien fällt auf, daß

- nach den Säuberungen und den Forderungen der Kulturrevolution nach „jungem Blut“ und „revolutionären Nachfolgern“ die Verjüngung nur sehr gering war (Durchschnittsalter im Politbüro 68,6 Jahre);
- eine relativ große Zahl von Parteifunktionären, die während der Kulturrevolution kritisiert worden waren, gelangten wieder zu Amt und Würden, wenn auch teilweise in anderen Positionen. Beispielsweise sind allein 20 der Mitglieder des Präsidiums rehabilitierte ehemalige „Volksfeinde“.
- die Präsenz der Militärs im Vergleich zum VIII. Parteitag nur wenig verstärkt wurde, lediglich im Politbüro ergab sich eine Machtverschiebung zugunsten der Armee.

Das neue Parteistatut unterschied sich im wesentlichen durch das „Allgemeine Programm“ von dem des Jahres 1956: In ihm wurde der „Marxismus-Leninismus und das Gedankengut Mao Tse-tungs“² zur „theoretischen Grundlage“ der KP Chinas erklärt, von der sie sich „in ihrem Denken leiten läßt“³. Die KP Chinas bekannte sich darin zum proletarischen Internationalismus und „kämpft... um den Imperialismus mit den USA an der Spitze, den modernen Revisionismus, deren Kern die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist, und die Reaktionäre aller Länder zu stürzen“⁴. Gleichmaßen wurden also die USA wie die UdSSR im Statut verurteilt, und zwar ohne zwischen ihnen zu differenzieren.

Der politische Bericht Lin Piaos an das Zentralkomitee vom 1. April umfaßte über 24.000 Worte und war in acht Punkten gegliedert:

1. Über die Vorbereitung für die Große Proletarische Kulturrevolution.
2. Über den Verlauf der Großen Proletarischen Kulturrevolution.
3. Über die Durchführung der Aufgaben

des bewußten Kampfes der Kritik und der Reform.

4. Über die Politik der Großen Proletarischen Kulturrevolution.
5. Über den Endsieg der Revolution in unserem Land.
6. Über die Konsolidierung und den Aufbau der Parteien.
7. Über Chinas Beziehungen zum Ausland.
8. Die ganze Partei, die ganze Nation schließen sich zusammen, um noch größere Siege zu erringen⁵.

Das Schwergewicht dieses Berichts lag also ganz eindeutig auf dem innenpolitischen Bereich; auffallend war der realistische Tenor der Darstellung der Situation Chinas, insbesondere im Vergleich mit den Äußerungen aus der Zeit der Kulturrevolution.

Die Bedeutung des IX. Parteitages für die Innenpolitik

Ohne die einzelnen Strömungen und Kursänderungen der Kulturrevolution an dieser Stelle aufzuzeigen, kann zusammenfassend gesagt werden, daß sich nach heftigen Zusammenstößen rivalisierender Gruppierungen — die sich freilich alle als Vertreter Mao Tse-tungs verstanden — seit Mitte des Jahres 1968 eine zunehmende Beruhigung der innenpolitischen Situation festzustellen war. Dem lag nicht zuletzt eine kompromißbereite Haltung der sogenannten „revolutionären Rebellen“ zugrunde, die u. a. in der Bildung der „Dreier-Allianzen“ der „Revolutionskomitees“ zum Ausdruck kam. Die Ergebnisse des IX. Parteitages bestätigen diese Tendenzen im wesentlichen: Das erneute Erscheinen verschiedener, vor kurzem noch stark kritisierten Politiker sowie die Ausführungen Lin Piaos und die Abschnitte im neuen Parteistatut über Parteimitglieder, die „Fehler gemacht haben“⁶, bewiesen, daß die Kritik der letzten Monate und Jahre nicht endgültig gewesen war. Ausgenommen davon blieben lediglich „Klassenfeinde“ wie Liu Shao-chi, Wang Ming, Peng Tehuai und Chen Tu-hsiu, um nur einige zu nennen, die teilweise bereits vor der Kulturrevolution kritisiert worden waren.

Ein wesentliches Moment für die Beurteilung der weiteren innenpolitischen Entwicklung war dabei aus dem Bericht Lin Piaos ersichtlich geworden, aus dem hervorging, daß trotz der Proklamation des „Endsieges“, der Kampf gegen die konterrevolutionäre Linie innerhalb der Partei nicht beendet war. Dazu finden sich in den Ausführungen Lin Piaos mehrere Hinweise: „Wir haben einen großen Sieg errungen, doch wird die besiegte Klasse weiterkämpfen. Diese Leute sind noch immer um uns und diese Klasse besteht noch...“⁷ „Daher wird es Rückschläge im Klassenkampf geben... noch immer sind große Anstrengungen erforderlich, um alle Aufgaben der Phasen: Kampf — Kritik — Umwandlung zu bewältigen.“⁸

Ganz offensichtlich handelte es sich bei diesen und ähnlichen Äußerungen auch über die Rehabilitierung kritizierter Parteimitglieder um eine Kompromißbereitschaft, die vor allem den Schwankenden den „richtigen“ Weg zeigen sollten. Ganz offensichtlich war diese Haltung nicht als Ausdruck der Stärke, sondern eher als Zeichen der Schwäche mit dem Ziel einer Konsolidierung der machtpolitischen Verhältnisse zu bewerten.

Die Rolle der Militärs, die in der Schlußphase der Kulturrevolution und vor allem bei der Bildung der Revolutionskomitees eine Schlüsselstellung eingenommen hatten, wurde durch die Ergebnisse des IX. Parteitages bestätigt. Rein numerisch gesehen ergab sich zwar nur im Politbüro ein wesentlicher Zuwachs des Einflusses der Armee, da elf der 25 Mitglieder reine Militärs waren, doch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unter den Delegierten des Parteitages einige Hundert Armeeangehörige waren, daß nahezu sämtliche Vorsitzenden der Revolutionskomitees (24 von 29) ebenfalls dem Militär angehörten und daß Lin Piao als Verteidigungsminister, Stellvertreter und Nachfolger Mao Tse-tungs die gesamte militärische Macht in seiner Person vereinte, macht deutlich, daß eines der entscheidenden Ergebnisse von Kulturrevolution und IX. Parteitag in einem enormen Machtzuwachs für die Armee bestand. Allerdings muß dies dahingehend relativiert wer-

den, daß es in der Volksrepublik China von jeher eine enge Verflechtung von Militär und Parteikadern als Ausdruck eines kämpferischen Kommunismus und Erbe eines jahrzehntelangen Bürgerkrieges gab. Gleichwohl machte die primär auf die innenpolitische Stabilisierung zugeschnittene Rolle der Armee während der Kulturrevolution klar, daß sie als Ordnungsmacht (und nicht als Instrument einer aggressiven Außenpolitik) diesen Machtzuwachs für sich verbuchen konnte. Der Aufstieg der Armee wirkte sich letztlich beruhigend für die Innenpolitik aus, sollte jedoch zugleich Probleme mit sich bringen, da das fundamentale Prinzip Mao Tse-tungs „Die Partei kommandiert das Gewehr“ durch diese Entwicklung zumindest langfristig in Gefahr zu geraten schien.

Bezogen auf die Innenpolitik brachte der IX. Parteitag den Abschluß der entscheidenden Phase der Kulturrevolution, verbunden mit dem Sieg der Gruppe Mao Tse-tung und Lin Piao und eröffnete eine neue Phase des innerstaatlichen Wiederaufbaus. Gleichzeitig kam deutlich zum Ausdruck, daß die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht überwunden waren, eine weitere Auseinandersetzung der rivalisierenden Gruppen durchaus im Bereich des Möglichen lag.

Die Bedeutung des Parteitages für die Außenpolitik

Analog der innenpolitischen Entwicklung gilt auch für die Außenpolitik, daß die Ergebnisse des Parteitages eine gewisse Normalisierung in diesem Bereich einleiteten. Zwar wurde der Außenpolitik im Bericht Lin Piaos nur ein minimaler Raum gewidmet, doch hatten sich bereits erste Anzeichen für eine Reaktivierung der seit 1966 praktisch stagnierenden Außenpolitik ergeben. Beispiele dafür sind die Absprache mit den USA über die Wiederaufnahme der Botschaftergespräche in Warschau vom Februar 1969 sowie die Unterstützungserklärung an Pakistan durch Chou En-lai vom Mai des gleichen Jahres.

Die Auseinandersetzung mit der UdSSR nimmt dabei eine entscheidende Position ein. Sowohl die Erwähnung des

Konfliktes im Parteistatut wie die Tatsache, daß Lin Piao ihm in seinem Bericht mehr als die Hälfte des Kapitels über die Beziehungen zum Ausland widmete, sind offenkundige Beweise dafür. Die nach den Äußerungen der Kulturrevolution ungewohnt sachlichen Darlegungen Lin Piaos waren ihrem Tenor nach ein Versuch zu beweisen, daß Lenin auf der Seite Chinas und nicht auf der der Sowjetunion stehe. Sie machen aber auch unmißverständlich deutlich, daß eine Beilegung der Differenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufgabe des sowjetischen Standpunktes voraussetzen würde — was nicht zu erwarten war. Die Tatsache, daß, wie bereits erwähnt, der Kampf gegen den „US-Imperialismus“ und die „sowjetischen Revisionisten“ ohne die früher übliche Hervorhebung der USA als „Hauptfeind“ im Parteistatut erwähnt wurde, zeigte eine beachtliche Tendenzverschiebung in der Beurteilung dieser beiden Staaten durch China.

Wirtschaft und Bildung

Fragen der Wirtschafts- und Bildungspolitik nahmen in den Ausführungen von Lin Piao einen bemerkenswert knappen Raum ein. Er nahm zu diesen beiden Themenbereichen nur mit wenigen Worten im Rahmen der Abhandlungen über den „revolutionären Aufbau“ Stellung. Die vergleichsweise Hintanstellung dieser Bereiche durch Lin Piao wies dabei auf die Vordringlichkeit anderer innenpolitischer Probleme hin, doch konnte davon ausgegangen werden, daß nach den Ereignissen der Kulturrevolution der notwendige Neuaufbau nicht allzu lange würde auf sich warten lassen. Dies betraf vor allem die Wirtschaftspolitik, die durch die Kulturrevolution zumindest teilweise eine Beeinträchtigung erfahren mußte, aber auch das Schul- und Erziehungswesen, das nach der Schließung aller Anstalten zu Beginn der Kulturrevolution und einem zunächst schleppenden Schulanfang im Zeichen von großangelegten Reformen stand.

Die Ergebnisse

Zusammenfassend betrachtet liegt die Bedeutung des IX. Parteitages der KP

Chinas vor allem auf dem Gebiet der Innenpolitik. Als konkrete Ergebnisse lassen sich folgende Punkte festhalten:

- Die Verankerung des „Marxismus-Leninismus und des Gedankenguts Mao Tse-tungs“ im Parteistatut
- Die Erklärung des „Marxismus-Leninismus und des Gedankenguts Mao Tse-tungs“ zur theoretischen Grundlage der KP Chinas sowie
- Die Beendigung der revolutionären Phase der Kulturrevolution und der Beginn einer Phase der inneren Konsolidierung.

Der Sieg der Gruppe Mao Tse-tung und Lin Piao über die sogenannten „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ war dabei jedoch keineswegs umfassend, wie die Kompromißbereitschaft gegenüber Fehlgeleiteten bewies.

Die Außenpolitik rangierte dabei klar hinter der Innenpolitik, doch konnte erwartet werden, daß sie wieder mehr Gewicht erlangen würde, wenn ein funktionsfähiger Partei- und Regierungsapparat aufgebaut war. Die Bedeutung des IX. Parteitag für die Außenpolitik liegt damit vor allem in der

- Verankerung der Spaltung des Weltkommunismus im Parteistatut der KP Chinas sowie in
- einer Reaktivierung der Außenpolitik Chinas.

II. Vom IX. zum X. Parteitag

Die Entwicklung Chinas vom IX. Parteitag im April 1969 bis zum X. im August 1973 läßt sich an dieser Stelle nicht in allen Einzelheiten nachvollziehen, doch erscheint dies im Hinblick auf die Themenstellung auch nicht erforderlich. Im folgenden sollen daher lediglich die Hauptlinien der Entwicklung in den einzelnen Bereichen aufgezeigt werden.

Innenpolitik und Wirtschaft

Für den Bereich der Innenpolitik läßt sich seit dem IX. Parteitag – und eigentlich schon seit früher, seit der Ein-

setzung des letzten Revolutionskomitees im September 1968 – ein umfassender Konsolidierungsprozeß feststellen, der sich gleichermaßen auf den Wiederaufbau von Verwaltung und Staatsorganen sowie die Reorganisation von Führungsstrukturen erstreckte und eine weitgehende Normalisierung des gesamten innenpolitischen Bereiches mit sich brachte. Zur Wirtschaftspolitik hatte sich Lin Piao in seinem politischen Bericht zwar kaum geäußert, doch wurden diese Fragen, ebenso wie die des Neuaufbaus der Regierung auf dem zweiten Plenum des IX. Zentralkomitees im August/September 1970 erörtert. Tatsächlich läßt sich die Entwicklung der Wirtschaft seit dem IX. Parteitag mit der der Innenpolitik gleichsetzen: Soweit überhaupt konkrete Zahlenangaben über Wirtschaftsproduktion und Wirtschaftswachstum vorgelegt wurden, demonstrierten sie ausnahmslos ein beschleunigtes Wachstum und bessere Produktionsergebnisse in allen Bereichen der Wirtschaft. In jedem Falle kann davon ausgegangen werden, daß es zu keinen weiteren Unterbrechungen der Industrieproduktion oder des Transportwesens, wie sie von der Kulturrevolution her bekannt waren, gekommen war, und daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand von der Kulturrevolution von den „revolutionären Prinzipien“ auf dem wirtschaftlichen Bereich zumindest teilweise abgegangen wurde. Dies bezog sich vor allem auf die während der Kulturrevolution als „schwarzer Ökonomismus Liu Shao-chis“ gebrandmarkte Politik der Vergabe von Prämien für Übererfüllung, Sonderschichten oder andere produktionssteigernde Aktivitäten seitens der Arbeitnehmer. Zwar kann nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen nicht von einer Rückkehr zur Politik der „kleinen Zugeständnisse“ Liu Shao-chis in den Jahren von 1960 bis 1964 gesprochen werden, doch ist zumindest teilweise nach dem IX. Parteitag ein Prämiensystem wieder eingeführt worden, das sich freilich weniger auf die Leistung des einzelnen, sondern auf die des Kollektivs bezieht und u. a. in Zuschüssen für den Sozialfonds von Kommunen oder Produktionsbrigaden besteht⁹. Ohne die Möglichkeit, die einzelnen offiziellen Produktionsangaben für bestimmte Bereiche zu

überprüfen und auch ohne die Entwicklung des chinesischen Staatshaushaltes überhaupt zu kennen, kann trotzdem für die Entwicklung der Wirtschaft nach dem IX. Parteitag sowohl von einer Normalisierung der Verhältnisse als auch von einer kräftigen Produktionssteigerung in einzelnen Bereichen gesprochen werden. Sowohl die Säuberungsmaßnahmen während der Kulturrevolution als auch diese Bewegung selbst im Sinne der Revolutionierung des einzelnen, verbunden mit einer pragmatischen Wirtschaftspolitik, scheinen damit ihr Ziel im Bereich der Wirtschaft nicht verfehlt zu haben.

Daß die nach außen hin so positiv und – im Vergleich zur Kulturrevolution – konfliktfrei verlaufende Entwicklung tatsächlich vor dem Hintergrund einer neuen machtpolitischen Auseinandersetzung im obersten Führungsgremium vor sich ging, wurde dem außenstehenden Beobachter jedoch erst deutlich, als diese Auseinandersetzung bereits entschieden war. Bei dieser neuerlichen Machtprobe handelte es sich jedoch nicht um ein Wiederaufflammen des Gegensatzes zwischen Mao Tse-tung und der Gruppe um Liu Shao-chi – im Gegenteil: diese neuerlichen Differenzen fanden vielmehr zwischen Mao Tse-tung und jenem Mann statt, der vor nicht allzu langer Zeit als Mitstreiter Mao Tse-tungs zu den höchsten Ehren im Staate gelangt war, die zu Lebzeiten Mao Tse-tungs überhaupt denkbar waren, nämlich dem Stellvertreter und designierten Nachfolger Mao Tse-tungs, dem Verteidigungsminister Lin Piao.

Der jähe Sturz Lin Piaos erfolgte im September 1971, und wenngleich eine offizielle Bestätigung dafür erst ein halbes Jahr später folgte, so sprachen doch einige Anzeichen, wie die Absage der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Gründung der VR China, ein kurzfristiges Flugverbot, die Abberufung einiger Militärs sowie das plötzliche Verschwinden Lin Piaos von der politischen Bühne dafür, daß hinter den Kulissen der chinesischen Politik offensichtlich einige Entscheidungen im Gange, wenn nicht bereits gefallen waren. Der später veröffentlichten Information über das Schicksal Lin Piaos

zufolge, die zuerst im April 1972 über die Botschaft Chinas in Algier publiziert wurde¹⁰, hatte Lin Piao versucht, ein Attentat auf Mao Tse-tung zu verüben. Dies scheiterte jedoch, woraufhin er mit einem Flugzeug in Richtung Sowjetunion flüchten wollte. Das Flugzeug stürzte aus Benzinmangel über der Mongolischen Volksrepublik ab und Lin Piao kam mit seinen engsten Getreuen ums Leben. Unabhängig davon, inwieweit diese offizielle Version auch den Tatsachen entspricht – womit sich das nächste Referat im einzelnen befaßt – bleibt festzuhalten, daß Lin Piao seit Mitte September 1971 nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten ist und auch von keinem Publikationsorgan in offizieller Funktion mehr erwähnt wurde.

Die Bedeutung des Sturzes von Lin Piao darf auch angesichts des nach außen hin ohne jede größere Auswirkung auf die chinesische Innenpolitik erfolgten Sturzes nicht unterschätzt und muß unter verschiedenen Aspekten gesehen werden. Dies betrifft zum ersten und wohl wichtigsten das Verhältnis zwischen Partei und Armee: Berücksichtigt man, daß der Aufstieg Lin Piaos auf der Grundlage des wachsenden Einflusses der Armee in der Kulturrevolution als Ordnungsfaktor und Mao-treue Organisation erfolgte, so kann umgekehrt von einem Sturz Lin Piaos auf eine unmittelbare Schwächung der Armee geschlossen werden. Dies wird durch ein umfangreiches Revirement im chinesischen Militärapparat bestätigt, das unmittelbar nach dem Sturz Lin Piaos erfolgte und dem zahlreiche Anhänger des Verteidigungsministers zum Opfer fielen. Mit dieser Entwicklung, die eine Stärkung der Partei zur Folge hatte, wurde praktisch das nach Mao Tse-tung richtige Verhältnis zwischen Partei und Armee wieder hergestellt: „Die Partei kommandiert das Gewehr.“ Bezogen auf die Hintergründe dieser Entwicklung liegt der Schluß nahe, daß die Stärkung der Rolle der Armee während der Kulturrevolution für Mao ein Vehikel in der Auseinandersetzung gegen Liu Shao-chi gewesen war. Dem Bündnis mit dem „zweiten Hauptfeind“ (Lin Piao) gegen den „ersten Hauptfeind“ (Liu Shao-chi) folgte

damit konsequenterweise die Auseinandersetzung mit dem zweiten Hauptfeind selbst. Der zweite entscheidende Aspekt betrifft die Nachfolgefrage. Hier liegt auf der Hand, daß mit der Eliminierung Lin Piaos von der politischen Bühne eine neue Regelung dieser wegen des hohen Alters Mao Tse-tungs wichtigen Frage erfolgen mußte. Unmittelbar verbunden damit war die Frage nach einer möglichen Vertrauensbasis für einen eventuellen weiteren Nachfolgekandidaten, die angesichts der bisherigen Entwicklung durchaus nicht unproblematisch erschien. Auch diese Frage mußte zusammen mit der Änderung des Parteistatuts – nachdem der gestürzte Lin Piao noch immer Stellvertreter und Nachfolger Mao Tse-tungs war – auf einem weiteren Parteitag geklärt werden.

Die weitere Entwicklung der Innenpolitik nach dem Sturz Lin Piaos verlief, jedenfalls für den Beobachter von außen, in ruhigen und normalen Bahnen, was jedoch auch als Zeichen der Kontrolle der Bevölkerung durch die Regierung gewertet werden kann. Daß sich die machtpolitische Situation tatsächlich nicht in diesem konsolidierten Zustand befand, demonstrierten neben mehreren Umbesetzungen in den Streitkräften und Militärbezirken¹¹ auch die in größerem Umfang vorgenommenen Rehabilitierungen von Politikern, die während der Kulturrevolution teilweise unter schärfster Kritik genommen worden waren¹². Zunehmende Anzeichen für eine Wiederbelebung kulturrevolutionärer Tendenzen im Frühsommer 1973, die sich u. a. gegen Mängel in Bereichen des Staatssystems, gegen die Praxis des Erziehungswesens und in kritischer Form zur Wirtschaftspolitik äußerten¹³, stellten dann die unmittelbare Vorbereitung für den X. Parteitag im August des gleichen Jahres dar.

Die Entwicklung in Innenpolitik und Wirtschaft in der Zeit vom IX. bis zum X. Parteitag der KP Chinas läßt sich demnach dahingehend zusammenfassen, daß die Wirtschaft von der weitgehenden Normalisierung der Verhältnisse profitierte und mit neuen Produktionsrekorden aufwarten konnte. In der Innenpolitik dagegen folgte der Auseinandersetzung zwischen Mao Tse-tung und Lin

Piao auf der einen und Liu Shao-chi auf der anderen Seite während der Kulturrevolution eine weitere mit Lin Piao, die Mao Tse-tung für sich und damit für die Partei und gegen die Armee entscheiden konnte. Eine tatsächliche Konsolidierung in jedem Bereich schien jedoch nicht erreicht, wie zahlreiche Umbesetzungen im Militärapparat sowie die Rehabilitierung alter ehemals kritisierten Kader demonstrierten. Eine endgültige Entscheidung über Nachfolge und Stellvertretung Mao Tse-tungs war damit nicht gefallen.

Die Außenpolitik

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ergab sich schon bald ein entscheidender Wandel – und zwar nicht nur verglichen mit der Selbstisolierung während der Kulturrevolution, sondern auch mit den Außenbeziehungen Chinas in den Jahren davor. Peking entsandte nicht nur wieder alle seine Botschafter auf ihre Posten im Ausland, sondern zeigte sich zudem an der Neuanknüpfung offizieller Kontakte zu Staaten interessiert, zu denen es bislang über keine diplomatischen Beziehungen verfügte. Das besondere an dieser Entwicklung war, daß China im Gegensatz zu früher die Staaten des westlich-amerikanischen Blockes nicht aussparte, im Gegenteil. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kanada am 13. Oktober 1970 – einem NATO-Mitglied und Nachbar der USA – war aus dieser Sicht nur der erste sichtbare Schritt einer Politik, der China die Anerkennung nahezu sämtlicher Staaten der Welt und schließlich auch den Beitritt in die Vereinten Nationen und dessen Sicherheitsrat als permanentes Mitglied brachte. Noch 1970 folgten Äquatorial-Guinea (15. 10.), Italien (6. 11.), Äthiopien (1. 12.) und Chile (15. 12.). Mit allein 15 Anerkennungen 1971 und weiteren 17 1972 hatte China damit jenen Bann gebrochen, der seinerzeit mit dem von den USA verhängten China-Embargo gesprochen worden war. Daß unter den zahlreichen China anerkennenden Staaten neben vielen Entwicklungsländern auch so weltpolitisch bedeutsame Staaten wie Kanada, Italien, Österreich, Belgien, Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland waren,

wobei die Staaten Westeuropas in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung einnahmen, kam allerdings nicht von ungefähr: diese Politik ist im Rahmen der Entwicklung des Verhältnisses Chinas zu den USA und zur Sowjetunion zu sehen, das nach dem IX. Parteitag eine entscheidende Veränderung erfuhr, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll.

Diese Veränderung bezog sich auf die Gesamtkonzeption der chinesischen Außenpolitik schlechthin und beinhaltete im wesentlichen eine Annäherung an die USA und den sogenannten kapitalistischen Westen bei einem intensivierten Gegensatz zur Sowjetunion und einer weiteren Ausdehnung der Auseinandersetzung mit Moskau auf praktisch alle Ebenen im Sinne einer klar von der sowjetischen abgesetzten chinesischen Außenpolitik. Dieser grundlegenden Veränderung der chinesischen Außenpolitik lag ein Ereignis zugrunde, das sich in der Schlußphase der Kulturrevolution zuge tragen hatte und das Chinas fundamentales außenpolitisches Interesse betraf: die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR am 21. August 1968 bzw. die im Zusammenhang damit aufgestellte Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten. Durch die Formulierung dieser Doktrin — weniger die Entwicklung in der CSSR, die für China selbst kaum relevant sein kann — sah China jene Gefahr eines sowjetischen Angriffs drohend bevorstehend, die es schon seit Jahren als existenzbedrohende Gefahr in zahllosen Artikeln und Kommentaren beschworen hatte¹⁴. Vor diesem Hintergrund mußte eine von der Sowjetunion aufgestellte Doktrin, nach der sozialistische Staaten, die einen anderen Weg als von Moskau gutgeheißen verfolgen — wozu sich China zählt — als Zeichen einer geplanten, wenn nicht bevorstehenden Aktion gegen China betrachtet werden. Dementsprechend wurde diese Doktrin von China schärfstens kritisiert¹⁵. Die unmittelbar vor dem IX. Parteitag am 2./3. März 1969 beginnenden Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze, die sich bis zum August des gleichen Jahres hinzogen¹⁶, haben auf chinesischer Seite si-

cherlich auch dazu gedient, das Bewußtsein dieser permanenten Bedrohung in der chinesischen Bevölkerung zu verstärken und jene totale Konfrontation mit dem sowjetischen Nachbar bei gleichzeitiger Annäherung an die USA vorzubereiten bzw. zu rechtfertigen. Der Devise, nach der China diese Politik durchführte, die später auch so formuliert wurde, liegt ein Bündnis mit dem sogenannten „zweiten Hauptfeind“, den USA, im Kampf gegen den „ersten Hauptfeind“, der Sowjetunion, zugrunde. Dieser offensichtlich von Mao Tse-tung mit Chou En-lai geplanten Neukonzeption liegt der Versuch einer Absicherung Chinas gegenüber der Sowjetunion im Westen durch direkte Beziehungen mit dem Westen zugrunde.

Die Entwicklung der Außenpolitik Chinas seit dem IX. Parteitag muß als Folge bzw. Auswirkung dieser Neukonzeption der außenpolitischen Strategie — nicht der Zielsetzung — gesehen werden, die von China zielstrebig durchgeführt wurde. Damit war jene sensationelle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kanada im Oktober 1970 nicht mehr und nicht weniger als der erste Schritt, mit Amerika „ins Gespräch“ zu kommen. Dem gleichen Zweck dienten auch die folgenden Aufnahmen diplomatischer Beziehungen mit anderen westlichen Staaten vor dem Hintergrund bereits stattfindender direkter chinesisch-amerikanischer Geheimkontakte, denen schließlich die Ankündigung eines bevorstehenden Besuches des Präsidenten der USA in der Volksrepublik China am 15. Juni 1971 folgte¹⁷. Die zahlreichen Anerkennungen der Volksrepublik China durch andere Staaten waren ebenso wie die Aufnahme in die Vereinten Nationen am 25. Oktober des gleichen Jahres als Vollmitglied und rechtmäßiger Vertreter für „China“ nur eine logische Folge aus der Änderung der Chinapolitik der USA, die für eine Vielzahl von Staaten das entscheidende Hindernis für den Verfolg einer eigenen Chinapolitik gewesen war. Dies wird nicht zuletzt durch das Abstimmungsergebnis in der Chinafrage durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen deutlich¹⁸.

Mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen hatte China gegenüber der So-

wjetunion jene Emanzipation erreicht, die es seit dem Bruch mit Moskau angestrebt hatte. Der Umstand, daß dieses Ziel letztlich nicht mit einer revolutionär-maoistischen Konzeption (wie Anfang der sechziger Jahre praktiziert), sondern nur über direkte Kontakte mit dem Westen bzw. den USA erreicht wurde, stellt zwar einen Kompromiß im Hinblick auf die Strategie, nicht jedoch auf die eigentliche Zielsetzung dar. Entsprechend dieser Ausgangslage war China von Anfang an der Kontrahent Moskaus schlechthin, auch und gerade vor dem Forum der Vereinten Nationen. Daß die Rolle als Mitglied der Vereinten Nationen für China ungleich schwieriger war als die eines außenstehenden, von den UN nicht akzeptierten Staates, der über keinerlei Möglichkeiten zur konstruktiven Mitarbeit verfügte, wurde schon sehr bald deutlich. Die Haltung Chinas beim Bangladesch-Konflikt im Dezember 1971¹⁹, beim Nahostkonflikt vom Oktober 1973²⁰ wie auch dann beim Zypernkonflikt im Juli 1974²¹ zeigte, daß China noch nicht allen Sätteln der Politik in den Vereinten Nationen gerecht werden konnte. Zweifellos mußte China durch seine Politik in diesen Fragen Einbußen hinnehmen, da es sich sehr schnell gezeigt hatte, daß eine nur antisowjetische Haltung nicht ausreichte, um konstruktive Politik zu betreiben und sich gleichzeitig die Sympathien der Entwicklungsländer zu erhalten.

Das Verhältnis zu den USA entwickelte sich nach den hochfliegenden Erwartungen des Jahres 1971 und auch des Abschlußkommuniqués des Besuches von Richard Nixon im Februar 1972²² für beide Seiten anders als vorgestellt: Es zeigte sich sehr bald, daß chinesisch-amerikanische Beziehungen auf dem Boden der Realitäten und im Rahmen der Weltpolitik recht enge Grenzen gesetzt waren und sind, deren Überwindung mehr erfordert als bloße Absichtserklärungen und demonstrative Sympathiebezeugungen. Zwar kam es nicht zu eigentlichen Rückschlägen in den bilateralen Beziehungen, doch war ein gewisses Ende des Höhenfluges in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 deutlich geworden.

Die Beziehungen Chinas zu Westeuropa seit dem IX. Parteitag erfolgten ebenfalls unter dem Aspekt der Neukonzeption der Außenpolitik Pekings. Analog den direkten Kontakten zu den USA wurden die bilateralen Kontakte intensiviert bzw. diplomatische Beziehungen aufgenommen²³ und verstand sich China ebenso als Befürworter einer europäischen Integration wie einer Stärkung der NATO und einer begrenzten amerikanischen Präsenz in Europa. Dem entspricht die Ablehnung der von der Sowjetunion initiierten „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ als Ausdruck des „sowjetischen Hegemoniestrebens zur Sicherung des Status quo“²⁴.

Auch die Beziehungen Chinas zu den Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika wurden seit dem IX. Parteitag intensiviert. China, das sich selbst als Entwicklungsland versteht, profilierte sich als Führer der Dritten Welt und ihrer Interessen und tat dies um so wirkungsvoller, als es mit einer beachtlichen Entwicklungshilfeleistung, die unabhängig von der ideologischen Ausrichtung des Empfängerlandes zu großzügigen Bedingungen gewährt wurde und wird²⁵. Auch gegenüber diesen Staaten, wobei der eindeutige Schwerpunkt bei den Beziehungen zu Afrika liegt – gefolgt von Asien, während Lateinamerika eine noch geringe Rolle spielt – verfolgt China die gleichen außenpolitischen Prinzipien, versteht sich also als unbedingter Gegenspieler der Sowjetunion, während es die amerikanische Präsenz in diesen Regionen als Gegenwirkung zu einer möglichen sowjetischen Präsenz sozusagen als das „kleinere Übel“ akzeptiert.

Insgesamt betrachtet, nahm die Entwicklung Chinas auf dem Gebiet der Außenpolitik seit dem IX. Parteitag einen enormen Aufschwung, verschaffte Peking Zutritt zu den Vereinten Nationen und damit ein Mitspracherecht in allen weltpolitischen Belangen, das ihm über zwei Jahrzehnte hinweg verwehrt geblieben war. Die dadurch unveränderte, wenn nicht verstärkte Konfrontation mit der UdSSR sorgte zudem dafür, daß die durch das Zusammenwirken von USA

und Sowjetunion bis dahin gegebene Bilateralität in den Vereinten Nationen durch die Rolle Chinas wohl endgültig abgelöst wurde.

III. Der X. Parteitag der KP Chinas

Der Überblick über die Entwicklung Chinas seit dem IX. Parteitag zeigt auf, welche Probleme und Fragen der folgende Parteitag zu behandeln hatte: Da war zunächst die Nachfolgefrage, die neu geregelt werden mußte, sowie das damit im Zusammenhang stehende Verhältnis zwischen Partei und Armee. Es stand aber auch die Rechtfertigung der außenpolitischen Entwicklung zur Diskussion, ebenso wie die Frage nach der Fortsetzung der kulturevolutionären Politik, die offensichtlich keine selbstverständliche allgemeine Gültigkeit mehr besaß.

Der X. Parteitag der KP Chinas fand vom 24. bis 28. August 1973 in Peking statt und war damit einer der kürzesten in der Geschichte der Partei überhaupt. Obwohl Vermutungen über einen bevorstehenden Parteitag bereits seit geraumer Weile geäußert wurden, fand der Parteitag selbst unter völliger Geheimhaltung statt — der Termin seiner Abhaltung wurde erst im nachhinein bekanntgegeben. Die Kürze des Parteitages legt nahe, daß auf vorbereitenden Sitzungen der einzelnen Gremien die entscheidenden Fragen bereits behandelt waren und daß die Parteitagsdelegierten selbst kaum mehr echte Entscheidungen zu fällen hatten. An dem Kongreß nahmen 1249 Delegierte teil (am IX. waren es noch 1512 gewesen).

Das Programm des Parteitages sah die folgenden Punkte vor:

1. Den politischen Bericht von Chou En-lai im Namen des Zentralkomitees
2. Die Erstattung des Berichtes über die Abänderung des Parteistatuts und Unterbreitung eines „Entwurfs für das Statut der Kommunistischen Partei Chinas“ durch Wang Hung-wen und
3. Die Wahl des X. Zentralkomitees der KP Chinas.

Folgende Dokumente wurden über den Parteitag veröffentlicht:

- Ein Pressecommuniqué vom 29. August 1973
- Die Namenslisten des Präsidiums des X. Parteitages sowie der 319 Mitglieder des Zentralkomitees
- Ein Pressecommuniqué der ersten Plenartagung des X. Zentralkomitees vom 30. August 1973
- Der Bericht auf dem X. Parteitag der KP Chinas von Chou En-lai
- Das Statut der KP Chinas
- Der Bericht über die Abänderung des Parteistatuts von Wang Hung-wen²⁶.

Von der personellen Zusammensetzung des Zentralkomitees und des Politbüros her fällt auf, daß die Zahl der Mitglieder der Armee von etwa 40 Prozent (Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees) beim IX. Parteitag auf etwa 30 Prozent zurückging, während die „revolutionären Massenorganisationen“ ca. 35 Prozent (vorher 28 Prozent) ausmachen und die restlichen 30 Prozent (vorher 27 Prozent) aus Bürokraten von Partei und Regierung bestanden. Auffallend an der Zusammensetzung der höchsten Führungsgremien ist, daß sich darin eine relativ große Gruppe der Kulturrevolution „gesäuberter“, d. h. kritischer, Politiker befand, die durch die Wahl in das Zentralkomitee praktisch rehabilitiert wurden²⁷.

Eine ähnliche Struktur erhielt auch das Politbüro mit unverändert 25 Mitgliedern und Kandidaten, wobei die Zahl der Militärs deutlich abgenommen hatte. Statt dessen war eine Mehrheit der „Linken“, die im Ständigen Ausschuß des Politbüros mit vier (Mao Tse-tung, Wang Hung-wen, Chang Chun-chiao und Kang Sheng) von neun Mitgliedern vertreten ist, festzustellen.

Die zweifellos bedeutendste Person ist dabei Wang Hung-wen, ein ehemaliger Sicherheitsbeamter einer Shanghaier Fabrik, der 1967 an der Spitze einer „revolutionären“ Arbeiterorganisation maßgeblich am Sturz des Parteikomitees Shanghais beteiligt und der beim IX. Parteitag Mitglied des Zentralkomitees geworden war.

Auch das neue Parteistatut unterscheidet sich von dem des IX. Parteitages (wie sich dieses von dem des VIII. Parteitages unterschied) durch das „Allgemeine Programm“, was durch die Bestimmung der Nachfolge Mao Tse-tungs durch Lin Piao auf dem IX. Parteitag zwangsläufig notwendig geworden war. Die Nachfolgefrage, eines der zentralen Probleme, wurde am X. Parteitag durch das Parteistatut nicht berührt. Statt dessen wurde im Pressecommuniqué der ersten Plenartagung des X. Zentralkomitees vom 30. August ein Vorsitzender des Zentralkomitees, Mao Tse-tung und vier Stellvertreter, nämlich Chou En-lai, Wang Hung-wen, Kang Sheng, Yeh Chien-ing und Li Te-sheng genannt, was auf eine kollektive Führung hinweist²⁸.

Der „Bericht“, der dieses Mal von Chou En-lai – auf dem IX. Parteitag war es Lin Piao gewesen – erstattet wurde, behandelte im einzelnen folgende Punkte:

- Über die Linie des IX. Parteitages
- Über den Sieg bei der Zerschmetterung der parteifeindlichen Clique um Lin Piao
- Über die Lage und unsere Aufgaben²⁹.

Lag auf dem IX. Parteitag der Primat des Berichtes eindeutig auf dem innenpolitischen Bereich, so kann dieses für den Bericht Chou En-lais nicht gelten – vielmehr läßt sich eine gewisse Ausgewogenheit der Behandlung innen- und außenpolitischer Fragen feststellen.

Die Bedeutung des X. Parteitages für die Innenpolitik

Anders als beim IX. Parteitag bestand die Hauptaufgabe des X. Parteitages nicht in einer Konsolidierung der innenpolitischen Entwicklung, vielmehr war es eines seiner erklärten Ziele, den Sturz Lin Piao zu rechtfertigen bzw. seine Verbrechen im Sinne einer Rechtfertigung seines Sturzes herauszustellen und die Reihen innerhalb Partei und Staat nach der Säuberung Lin Piao und seiner Anhänger wieder enger zu schließen. Dementsprechend wurden den Aufgaben der Partei relativ viel Raum ge-

widmet, vor allem durch Wang Hung-wen in seinem Bericht über die Abänderung des Parteistatuts. Die Tatsache, daß Wang Hung-wen die Zusammenarbeit zwischen den jungen „revolutionären Rebellen“ und den alten Kadern besonders betonte und dabei von einer „Dreiverbindung von älteren, mittelaltrigen und jüngeren in den leitenden Organen aller Ebenen“³⁰ sprach, spricht für die Dringlichkeit dieses Problems³¹.

Die Betonung, die in den Parteitagsdokumenten ganz allgemein der Rolle der Partei zugeschrieben wurde, erscheint angesichts der Veränderungen seit dem IX. Parteitag im Verhältnis von Armee und Partei als eine konsequente Folge des Sturzes von Lin Piao und damit der Zurückdrängung des Einflusses der Armee. Dies findet seinen Ausdruck in Kapitel 3 Artikel 5 des Parteistatuts, in dem es heißt: „Die gesamte Partei muß sich der einheitlichen Disziplin fügen. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Unterordnung der unteren Ebenen unter die höheren, Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee.“³²

Daß die Partei die absolute Führungsposition innehat, wurde schließlich in Artikel 7 unmißverständlich deutlich gemacht: „Die staatlichen Organe, die Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz, die Gewerkschaften, die Vereinigungen der armen Bauern und unteren Mittelbauern, die Frauenvereinigungen, der Kommunistische Jugendverband, die Rote Garde, die Kleine Rote Garde sowie andere revolutionäre Massenorganisationen müssen sich alle unter die einheitliche Führung der Partei stellen.“³³

Damit wurde unmißverständlich der Primat der Partei – „Die Partei kommandiert das Gewehr“ – wiederhergestellt und durch die Verankerung im Parteistatut praktisch zum Gesetz erhoben. Daß dabei die Partei aber nicht die Rolle einer dogmatischen oder unfehlbaren Institution übernehmen, sondern durchaus zum Gegenstand von „Kampf und Kritik“ werden sollte, wurde durch eine Feststellung Mao Tse-tungs, die sich im Bericht Chou En-lais ebenso wieder-

findet wie im Parteistatut und in dem Bericht Wang Hung-wens verankert. Die Devise „gegen die Strömung anzukämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus“³⁴ ist nichts anderes als eine Infragestellung der Autorität der Partei. Dieser Punkt wurde insbesondere von Wang Hung-wen behandelt, der zu einer bemerkenswerten Interpretation des Mao-Wortes gelangt: „Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn es für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihm den Kopf kosten könnte.“³⁵

Daß eine derartige Haltung bisher durchaus nicht selbstverständlich war, wurde ebenfalls durch Wang Hung-wens Ausführungen deutlich, in denen er u. a. beklagte, daß es „manche leitende Funktionäre“ gäbe, „die die Meinungen der Massen innerhalb und außerhalb der Partei nicht dulden, die sogar die Kritik ersticken und Repressalien ergreifen; in vereinzelt Fällen ist das sogar ziemlich schlimm“³⁶. Als Mittel gegen derartige Verhaltensweisen nennt Wang das „Vertrauen auf die Massen“ und die Benutzung der „vier Waffen freie Meinungsäußerung, freimütige Aussprache, Dazibao (Wandzeitungen, Anmerkung des Verfassers) und große Debatte“³⁷.

Aus alledem geht klar hervor, daß eines der Hauptziele des X. Parteitages für den innenpolitischen Bereich in der Formulierung der Aufgaben der Partei und ihrer Mitglieder bestand. Die Definition der Haltung der Parteimitglieder, wie sie in wichtigsten Passagen zitiert wurde, zielt auf ein „denkendes Parteimitglied“ ab, das jedwede Intrigen ablehnt und statt dessen alle Kritik offen äußert und erörtert. Dieser mehr idealistische Anspruch trägt stark maoistische Züge und kann als Bestätigung der Linie Mao Tse-tungs gewertet werden.

Gleichzeitig wird aus den zitierten Dokumenten jedoch ein Widerspruch sichtbar: Der Widerspruch zwischen dem absoluten Führungsanspruch der Partei und den Aufforderungen zur Kritik und möglicherweise einer falschen Politik

eben dieser Partei. Damit wurden die Ursachen möglicher künftiger Konflikte bereits gelegt: Der Führungsanspruch der Partei ist langfristig mit einer Partizipation der breiten Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß nicht vereinbar, zumal die Grenzen eines „Kampfes gegen die Strömung“ und einer bewußten Manipulation nicht eindeutig gezogen werden können.

Die Bedeutung des X. Parteitages für die Außenpolitik

Unterzieht man die Äußerungen über die Außenpolitik in den offiziellen Parteitagsdokumenten einer vergleichenden Betrachtung, dann fällt zunächst auf, daß sich Chou En-lai in seinem Bericht am ausführlichsten mit diesen Fragen beschäftigt, während sowohl im Bericht Wang Hung-wens wie im Statut der KP Chinas und im Pressecommuniqué außenpolitische Fragen nur mit wenigen Worten gestreift wurden.

Von den Ausführungen Chou En-lais ist neben den Aussagen über die Sowjetunion und die USA ein Passus von Bedeutung, in dem er mit Hilfe eines Zitates von Lenin versucht, die Relativität von Kompromissen herauszuarbeiten. Da es sich hierbei offensichtlich um den Versuch handelt, die eigenen Kompromisse mit den USA zu legitimieren und die der Sowjetunion zu kritisieren und zu verurteilen, soll dieser Passus ganz zitiert werden:

„Hier müssen wir darauf hinweisen, daß es nötig ist, die Kollaboration und die Kompromisse zwischen der Sowjetrevisionismus und dem USA-Imperialismus von den notwendigen Kompromissen revolutionärer Staaten mit imperialistischen Staaten auseinanderzuhalten. Lenin sagte treffend: ‚Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß es verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren. Man muß es lernen, den Menschen, der dem Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der dem Banditen Geld und

Waffen gibt, um sich an der Teilung der Banditenbeute zu beteiligen.' (Der >linke Radikalismus<, die Kinderkrankheit im Kommunismus.)“³⁸

Allein die komplizierte Ausdrucksweise, der sich Chou En-lai bediente, weist auf die schwierige Situation hin, in der er sich bei der Rechtfertigung der Außenpolitik Chinas befunden haben mußte. Die Erwähnung des Vertrages von Brest-Litowsk in diesem Zusammenhang, die er als Beispiel für die „erste Kategorie“ der Kompromisse erwähnte, trägt dabei kaum zur Verdeutlichung des Sachverhaltes bei, da bezweifelt werden muß, daß in der breiten Masse der Bevölkerung dieser Vertrag bzw. seine Vorgeschichte und Auswirkungen auch tatsächlich bekannt sind.

Relativ viel Raum widmete Chou En-lai der Sowjetunion. Zunächst davon ausgehend, daß „die gegenwärtige internationale Lage... durch großen Aufruhr in der ganzen Welt gekennzeichnet (ist)“³⁹, bezeichnete er die Entspannung als „eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung, der große Aufruhr geht aber weiter. Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker“⁴⁰. In Erläuterung des „sozialimperialistischen Wesens“ der sowjetischen Politik, kritisierte Chou En-lai im einzelnen den Einfall in die Tschechoslowakei, die Truppenmassierung an der Grenze zu China, die Unterstützung für die „landesverräterische Clique um Lon Nol“, die Unterdrückung der „Rebellion der polnischen Arbeiter“, die Ausweisung der Spezialisten aus Ägypten und die „Zerstückelung Pakistans“⁴¹. Mit Nachdruck wies Chou En-lai sowjetische Behauptungen über eine Ablehnung Chinas der Entspannung zurück und forderte Breschnew auf: „Wenn du so sehr für Entspannungen der Welt bist, warum tust du nicht etwas, was deine Aufrichtigkeit beweisen könnte, zum Beispiel die Truppen aus der Tschechoslowakei oder aus der Mongolischen Volksrepublik abzuziehen und die vier nördlichen Inseln an Japan zurückzugeben?“⁴²

Dagegen bot Chou En-lai Moskau an, die Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren. Er betonte außer-

dem die notwendige Vorbereitung gegenüber einem „Überraschungsangriff des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus“⁴³, wobei sich jedoch ein Widerspruch mit einer anderen Äußerung über die wirklichen Absichten der Sowjetunion ergab: „Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen“⁴⁴. Auch dieser Widerspruch scheint darauf hinzuweisen, daß sich die chinesische Führung zwar vielleicht nicht selbst über die Ziele der sowjetischen Politik und die Mittel der chinesischen Politik dagegen im unklaren ist, das jedoch bei dem Versuch der Rechtfertigung der eigenen Politik ganz offensichtliche Schwierigkeiten aufgetreten sind, die durch viele Worte allein nicht bereinigt werden können.

Demgegenüber erfuhren die USA eine wesentlich positivere Beurteilung. Zwar wurde der „US-Imperialismus häufig im Zusammenhang mit dem „sowjetischen Revisionismus“ attackiert, doch wurde daraus stets deutlich, daß die sowjetische Politik wesentlich verdammungswürdiger und gefährlicher sei. Die Feststellung, daß „die Beziehung zwischen China und den USA... sich einigermaßen gebessert (haben)“⁴⁵, birgt zwar in sich eine Einschränkung, jedoch ist die positive Erwähnung der USA allein schon ein Ausdruck der Wertschätzung, der auf dem IX. Parteitag undenkbar gewesen wäre.

Neben diesen Punkten nahm Chou En-lai auch zu anderen Fragen der Außenpolitik Stellung. Beispielsweise hob er die außenpolitischen Erfolge Chinas hervor, begrüßte das „Erwachen der Staaten der Dritten Welt“, wobei er im einzelnen den Indochinakrieg, die Koreafrage, den Nahostkonflikt und die Auseinandersetzung der Staaten Lateinamerikas um die 200-Seemeilen-Grenze erwähnte⁴⁶. Der Stand der Beziehungen zwischen USA und der Sowjetunion wurde von Chou En-lai mit „Kollaboration“ definiert, die relativ sei, während die Rivalität zwischen beiden absolut und langdauernd sei. Als „strategischen Schwerpunkt“ der Auseinandersetzung USA – UdSSR bezeichnete er Europa⁴⁷ und gebrauchte eine Formulierung, die ebenfalls zu den-

ken gibt: „Der Westen ist stets darauf bedacht, den Sowjetrevisionismus nach Osten zu lenken und diesen Unheilstifter auf China abzuleiten.“⁴⁸ Damit hat Chou En-lai zwar aus der historischen Perspektive die Chinapolitik Europas richtig beurteilt, doch wird aus dem Zusammenhang seines Berichtes nicht ersichtlich, worauf er eigentlich abzielt. Einen Sinn bekäme diese Äußerung allenfalls unter Berücksichtigung des Gesamttenors seiner Ausführungen zur Außenpolitik, indem er China als von allen Seiten bedrohtes Land hinstellt, dessen Aufgabe in der Außenpolitik sowohl in der Unterstützung der Dritten Welt als auch in der Bekämpfung des Sowjetrevisionismus liegen, wozu mit dem „US-Imperialismus“ und dem Westen notwendige Kompromisse eingegangen werden müssen, ohne daß China sich deshalb Illusionen über die tatsächliche Haltung der USA oder des Westens macht. Für diese Interpretation waren die Ausführungen Chou En-lais in seinem veröffentlichten Bericht jedoch zu kurz und zu unklar, so daß als Schlußfolgerung bleibt, daß Chou seine Ausführungen nicht so verstanden wissen wollte oder aber daß sein Bericht nur in einer gekürzten Fassung zur Veröffentlichung gelangte.

Die Äußerungen zur Außenpolitik in den anderen Parteitagsdokumenten lassen sich relativ kurz zusammenfassen: Im Pressecommuniqué vom 29. August wurde eine Zusammenfassung der Ausführung Chou En-lais wiedergegeben⁴⁹, während im Statut der KP Chinas in Kapitel 1 lediglich der Kampf Chinas „gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion“ Erwähnung fand⁵⁰. Wang Hung-wen schließlich befaßte sich in seinem Bericht in Punkt 6 vor allem mit der Aufnahme der Formulierung „Auftreten gegen den Großmachtchauvinismus“ in das Parteistatut. Er betonte den Auftrag Chinas nach einem Ausspruch Maos, „in den internationalen Beziehungen... den Großmachtchauvinismus entschlossen, gründlich, restlos und vollständig (zu) beseitigen“⁵¹. Im Vergleich zu den Äußerungen Chou En-lais fällt auf, daß Wang Hung-wen zwischen der Politik der USA und der Sowjetunion

nicht differenziert, aber auch nicht ausführlich auf die Politik dieser Staaten eingeht, sondern sich vielmehr auf die Rolle Chinas beschränkt: „Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen; wir müssen alle Vorbereitungen gegen einen Aggressionskrieg treffen und einem Überraschungsangriff von seiten des Imperialismus und des Sozialimperialismus gegenüber auf der Hut sein.“⁵² Er forderte aber auch: „Wir müssen unbedingt unser Land reich und mächtig werden lassen, und es ist auch durchaus möglich, dieses Ziel zu erreichen. Aber unter allen Umständen müssen wir auf dem Prinzip „nie nach Hegemonie trachten“ beharren und wollen wir nie eine Supermacht werden.“⁵³

Berücksichtigt man, daß sich Wang Hung-wen in seinem Bericht mit der Abänderung des Parteistatuts zu beschäftigen hatte, dann fällt es schwer, aus diesen Anmerkungen zur Außenpolitik, die sich eben nur auf den einen Punkt über den Großmachtchauvinismus bezogen, in dem das Statut verändert wurde, dann werden die Unterschiede in den Äußerungen Chou En-lais und Wang Hung-wens zwar nicht geringer, doch kommt ihnen nicht die Bedeutung eines Gegensatzes zu. Wie die Gewichte – auch die politische Gewichtung Chou En-lais und Wang Hung-wens – tatsächlich verteilt sind, kann allerdings erst die künftige Entwicklung verdeutlichen.

Wirtschaft und Bildung

Entsprechend der „politischen“ Zielsetzung der Wirtschaftspolitik, das Land „reich und mächtig werden zu lassen“⁵⁴ stand auch die Wirtschaftspolitik auf dem X. Parteitag zur Diskussion. Die maßgeblichen Aussagen dazu finden sich im Bericht von Chou En-lai, während sich Wang Hung-wen mit diesem Problemkreis so gut wie nicht befaßte. Chou En-lai leitet seine diesbezüglichen Ausführungen mit der Feststellung ein: „Unser Land ist wirtschaftlich immer noch ein armes Land, ein Entwicklungsland.“⁵⁵ Er bestätigte weiterhin die Priorität der Landwirtschaft „als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor“⁵⁶. Weiter hob er die Bedeutung der

Modelle Taching für die Industrie und Tachai für die Landwirtschaft sowie die der Massenbewegung hervor und forderte dann, daß „die Planmäßigkeit und die Kooperation gestärkt (werden müssen), die vernünftigen Vorschriften und Bestimmungen vervollkommen und die zentrale wie auch die örtliche Initiative noch besser entfaltet werden“⁵⁷. Von Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang die Forderung nach „vernünftigen“ Vorschriften, die offensichtlich die seit dem IX. Parteitag erkennbaren Tendenzen in der Wirtschaft, den radikalen Kurs durch einen eher realistischen und pragmatischen abzulösen, bestätigt wurde. Entsprechend dem Prinzip „jedem nach seinen Leistungen“ wurde dies legitimiert⁵⁸.

Deutlich hob Chou En-lai auch für die Wirtschaft das Führungsprinzip der Partei hervor: „In den sieben Bereichen – Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kultur und Bildungswesen, Armee, Regierung und Partei – leitet die Partei alles.“⁵⁹ Mit dieser Formulierung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und die im Originaltext durch Fettdruck hervorgehoben wurde, wurden in der Auseinandersetzung Partei – Armee eindeutige Richtlinien gesetzt, allerdings nicht ohne daß sowohl Parteikomitees wie Parteigenossen auf ihre Pflichten verwiesen wurden: „Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nicht wenige Parteikomitees sich im alltäglichen konkreten Kleinkram verlieren und wichtigen Angelegenheiten keine Aufmerksamkeit schenken. Das ist äußerst gefährlich.“⁶⁰ Könnten diese Ausführungen noch als allgemeine Warnung und Vorbeugemaßnahme betrachtet werden, so wurde dies durch die weiteren Ausführungen Chou En-lais dahingehend berichtigt, daß es sich hierbei um Kritik an einer wohl verbreiteten Verhaltensweise handelt: „Wir hoffen, daß alle Parteigenossen, insbesondere die leitenden Genossen, sich vor einer solchen Tendenz hüten und diesen Arbeitsstil ernsthaft ändern.“⁶¹

Ohne auf die wirtschaftspolitischen Probleme des X. Parteitages näher eingehen zu können, so läßt sich als ein Ergebnis festhalten, daß die wirtschaftspo-

litischen Akzente des Parteitages auf einen Realismus und Pragmatismus hinweisen, der im klaren Gegensatz zur Praxis während der Kulturrevolution steht, andererseits jedoch die Entwicklung seit dem IX. Parteitag bestätigt. Weitere Auseinandersetzungen über den wirtschaftlichen Kurs liegen damit zumindest im Bereich des Möglichen.

Ganz anders stellte sich die Situation auf dem Gebiet des Bildungswesens. Während für die Wirtschaftspolitik pragmatische Richtlinien ausgegeben wurden, wurde für das Bildungswesen die Gültigkeit der kulturrevolutionären Praxis bestätigt. In den Parteitagsdokumenten wurde dieses Thema hauptsächlich von Wang Hung-wen erörtert. Unter Heranziehung eines Mao-Wortes: „Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats erreichen und herausbilden.“⁶² Wang interpretierte damit einen Passus im „Allgemeinen Programm“ des Parteistatus über die „Heranbildung von Millionen von Fortsetzern“, wobei er ebenfalls das bereits erwähnte „Prinzip der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren in den leitenden Organen aller Ebenen“⁶³ hervorhob.

Diese Ausführungen sind im Zusammenhang mit einer bereits vor dem Parteitag begonnenen Auseinandersetzung um die Revolution des Bildungswesens unter dem Motto „Gegen die Strömung kämpfen“ zu sehen, die im wesentlichen Fragen der Aufnahmeverfahren an Universitäten, die Bedeutung der politischen gegenüber der fachlichen Bildung und die Zusammensetzung der Studentenschaft befaßte, wofür der Fall von Chang Tieh-sheng, jenes Studenten, der in einem offenen Brief gegen die strengen Aufnahmeprüfungen protestierte, zum allgemeinen Beispiel erhoben wurde⁶⁴. Die Problematik der sogenannten „falschen Strömung“ wurde von Wang Hung-wen klar erkannt: „Der falschen Strömung gegenüber stellt sich selbstverständlich nicht nur die Frage des Mutes, sondern auch die Frage, ob man in der

Lage ist, sie zu erkennen.“⁶⁵ Als Rezept zum Erkennen der falschen Strömung empfahl er die „marxistische Methode“, nach der ein Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie Mao Tse-tung ebenso notwendig sei wie die aktive Teilnahme an der Kampfpraxis und die Bemühungen um die „Umgestaltung seiner Weltanschauung“ sei. Erst dann sei es möglich, „den wahren Marxismus und den Pseudomarxismus zu erkennen“⁶⁶.

Ohne die Problematik dieser Politik weiter zu beleuchten, so kann für den Bereich des Bildungswesens festgestellt werden, daß die Aussagen auf dem X. Parteitag darüber und die Praxis in den Monaten zuvor eine Fülle von Problemen mit sich birgt, deren Diskussion nicht nur für das Bildungswesen, sondern für die Innenpolitik von entscheidender Tragweite sein können. Die Zunahme der Attacken in der Presse gegen den Konfuzianismus und eine damit verbundene „bürgerliche Kulturpolitik“ birgt die Möglichkeit einer weiteren Eskalation ähnlich der der Kulturrevolution, an dessen Ende ebenfalls Konsequenzen für die politische Führungsschicht bzw. einzelne Personen durchaus denkbar sind.

IV. Die politischen und wirtschaftlichen Tendenzen in China seit der Kulturrevolution

Der Versuch, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas seit der Kulturrevolution zusammenzufassen, kann nicht vollständig sein. Angesichts der vielen offenen Fragen, die trotz der Veröffentlichung zahlreicher offizieller Dokumente weiterhin bestehen, und der durchaus unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten mancher Texte können zusammenfassende Anmerkungen zu diesen Bereichen weder endgültig noch vollständig sein, sie beinhalten stets auch einen mehr oder weniger großen Unsicherheitsfaktor, so daß eine Überprüfung der erarbeiteten Ergebnisse anhand der tat-

sächlichen Entwicklung notwendig ist. Die folgende Zusammenfassung zu den einzelnen Bereichen muß unter Berücksichtigung der gemachten Einschränkungen gesehen werden.

Die **innenpolitische Entwicklung** seit der Kulturrevolution steht vor allem unter dem Aspekt der Konsolidierung der Verhältnisse seit Ende des Jahres 1968 sowie unter dem des Wandels des machtpolitischen Verhältnisses zwischen Partei und Armee. Während die Konsolidierung der innenpolitischen Szenerie anhielt und weiter ausgebaut wurde, ergaben sich im Verhältnis von Partei zu Armee entscheidende Veränderungen: Mit dem Ende der Kulturrevolution und den Ergebnissen des Parteitages wurde der Verteidigungsminister Lin Piao offiziell zum Stellvertreter und designierten Nachfolger des Vorsitzenden Mao Tse-tung ernannt, was nur äußerlicher Ausdruck eines enormen Machtzuwachses der Armee als ein Ergebnis der Kulturrevolution war. Der Ausbau der Machtposition der Armee im Staate ging nach dem IX. Parteitag unvermindert weiter und wurde erst mit dem Sturz Lin Piao im September 1971 abrupt gestoppt. Die folgenden Reivirements im Militärapparat hatten praktisch eine Ausschaltung aller Anhänger Lin Piao und eine Wiederherstellung der Vormachtstellung der Partei zur Folge. Zwar wurden im Laufe des Jahres 1973 sowohl hohe Militärs als auch Politiker rehabilitiert, doch hatten diese keine Veränderung im Verhältnis von Partei zu Armee zur Folge. Die unumstößliche Dominanz der Partei wurde auf dem X. Parteitag im August 1973 manifestiert und stellt eine Revision wesentlicher Ergebnisse des IX. Parteitages dar. Während damit das Verhältnis zwischen Partei und Armee als für absehbare Zeit geregelt angesehen werden kann, so gilt dies nicht für die innenpolitische Entwicklung überhaupt. Wie die Ergebnisse des X. Parteitages zeigen, versucht Mao Tse-tung bei einer Betonung des absoluten Führungsanspruches der Partei gleichzeitig eine Partizipation der breiten Bevölkerung auf den politischen Entscheidungsprozeß durchzuführen, wozu u. a. die Devise des „Kampfes gegen die Strömung“ initiiert wurde. Dieser Ver-

such der Mitbestimmung ist zwar in der Geschichte des Sozialismus einmalig, doch muß wegen seiner mehr idealistischen Zielsetzung an der Möglichkeit seiner Durchsetzung gezweifelt werden, vor allem unter Berücksichtigung der existenten Gruppierungen innerhalb des Staates.

Wesentlich klarer dagegen zeigt sich die Entwicklung im Bereich der **Wirtschaft**. Seit der Kulturrevolution ist auch auf diesem Gebiet eine Konsolidierung und Normalisierung der Verhältnisse eingetreten, die als umfassend bezeichnet werden kann. Unter zunächst vorsichtiger Modifizierung der Richtlinien für die Wirtschaftspolitik, wie sie während der Kulturrevolution aufgestellt wurden, wird die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung Chinas auf der Grundlage realistischer und pragmatischer Methoden zielstrebig vorangetrieben. Eine Unterbrechung dieser Entwicklung durch eventuelle innenpolitische Auseinandersetzungen ist zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich, da die Priorität der wirtschaftlichen Belange angesichts ihrer Bedeutung für Innen- wie Außenpolitik wohl von keinem verantwortlichen Politiker in Frage gestellt werden dürfte.

Die Entwicklung auf dem Gebiet des **Bildungswesens** seit der Kulturrevolution ist dem gegenüber von einem Anhalten der Diskussion über den einzuschlagenden Weg gekennzeichnet. Im Gegensatz zur Entwicklung in den anderen Bereichen ist für die Bildungspolitik seit der Kulturrevolution noch keine verbindliche Reform erfolgt, die die kulturrevolutionäre Entwicklung, die bekanntlich das gesamte Bildungssystem umwälzte, ablöste. Auch die Ergebnisse des X. Parteitages zeigen deutlich, daß eine Einigung darüber trotz verschiedener Ansätze noch nicht erfolgt ist. Zwar ist das Ziel – die Heranbildung von „Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache“ unumstritten, doch besteht über den Weg zu diesem Ziel offensichtlich keine Übereinstimmung. Das Bildungswesen als ungemein wichtiger Faktor für die künftige Entwicklung ist somit der einzige Bereich, der seit der Kulturrevolution keine umfassende Konsolidierung

erfahren hat – im Gegenteil.

Die **außenpolitische Entwicklung** seit der Kulturrevolution ist von einer Reaktivierung verbunden mit einer Neuorientierung der gesamten außenpolitischen Konzeption gekennzeichnet. Die Erfolge dieser Politik, deren Motivierung sich nach dem Motto „Absicherung im Westen durch Kontakte mit dem Westen“ zusammenfassen läßt, bestehen in einer umfassenden Anerkennung der Volksrepublik China als „einziger rechtmäßiger Regierung Chinas“ durch praktisch alle Staaten der Welt, die Aufnahme in die Vereinten Nationen und damit die Emanzipation sowohl gegenüber der Sowjetunion wie auch den USA. Als Fürsprecher der Länder der Dritten Welt und wichtiger Gegenspieler der „Supermächte“ nimmt China heute einen entscheidenden Platz im Spiel der internationalen Politik ein und hat damit eine Mitverantwortung an der Weltpolitik mit übernommen. Zwar zeigen die Äußerungen auch auf dem X. Parteitag, daß der Kurs der Außenpolitik nicht unumstritten ist, doch ist nicht zuletzt im Interesse Chinas zu erwarten, daß dieser Kurs auch künftig beibehalten wird.

Das Bild, das die Entwicklung Chinas nach dem „Sturm“ der Kulturrevolution darbietet, zeigt ein China, das auf den Bereichen der Wirtschaft, Außen- und teilweise auch auf dem der Innenpolitik als konsolidiert und machtpolitisch potent gilt. Daß daneben gleichzeitig Diskussionen über die einzuschlagende Linie beispielsweise auf dem Bereich des Bildungswesens oder auch über die Zielsetzung der kulturrevolutionären Politik bestehen, vervollständigt das Bild insofern, als diese Imponderabilien in der Beurteilung der künftigen Entwicklung offensichtlich zum Wesen Chinas gehören – interessant und politisch bedeutsam, aber zumindest für den westlichen Ausländer zu einem gewissen Teil immer geheimnisvoll und unergründlich. Als Schlußfolgerung bleibt, daß es ein China nach dem „Sturm“ wohl nicht geben kann – zumindest nicht für das China Mao Tse-tungs. Und so ist Mao Tse-tung nur zuzustimmen, wenn er feststellt: „Durch große Unruhen kommt es zur Ordnung auf der Erde. Alle sieben oder

acht Jahre einmal wird sich das wieder ereignen. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten.“⁶⁷

1 Constitution of the People's Republic of China. Peking, Foreign Languages Press 1962. Kapitel 2, Artikel 24.

2 Dieser Ausdruck wurde auf dem IX. Parteitag zum ersten Mal und seither nur in dieser Form für das bezeichnet, was im Westen gemeinhin als „Europa“ bezeichnet wird.

3 The Constitution of the Communist Party of China. Zit. nach Hsinhua, Peking vom 28. 4. 1969, Kap. 1.

4 Ebenda.

5 Report to the Ninth National Congress of the Communist Party of China. Zit. nach Hsinhua, Peking vom 27. 4. 1969.

6 The Constitution of the Communist Party of China. Zit. nach Hsinhua, Peking vom 28. 4. 1969, Kap. 2, Art. 3, Abs. 3.

7 Report to the Ninth National Congress of the Communist Party of China. A. a. O. 5.

8 Ebenda.

9 Vgl. Scharping, T. (Anm. 13) S. 26 f.

10 Neue Zürcher Zeitung 30. 7. 1972, vgl. im einzelnen auch die Ausführungen von Peter J. Opitz.

11 Siehe dazu im einzelnen Bartke, Wolfgang: Das Revirement im Militärapparat. China aktuell, Hamburg, Februar 1974, S. 16–24.

12 Siehe u. a. Bartke, Wolfgang: Die Rehabilitierung einstiger Führungskader. China aktuell, Hamburg, November 1974, S. 702–713.

13 Jen-min Jih-pao vom 10. 8. 1973, nach Scharping, Theodor: Die Volksrepublik China nach dem X. Parteitag der KP Chinas. Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 1974, Nr. 12, S. 4.

14 S. u. a. Gittings, J.: Survey of the Sino-Soviet Conflict. London 1968.

15 Siehe u. a. die Zusammenstellung in: Meissner, Boris: Die Breschnew-Doktrin. Köln 1969, S. 170 bis 190, die Artikel bis Juli 1969 berücksichtigt.

16 Siehe dazu u. a. Fabritzek, Uwe G.: Die Entwicklung der Grenzfrage zwischen Rußland und China und ihre Bedeutung für das sino-sowjetische Verhältnis. Internationales Asienforum 1970, Nr. 4, S. 495–523.

17 Hsinhua, Daily Bulletin, 15. 6. 1971.

18 Vgl. dazu u. a. Fabritzek, Uwe G.: Peking in der UNO. Internationales Asienforum, München, 1972, S. 79–89.

19 China unterstützte in diesem Konflikt Pakistan und richtete sich damit gegen das von Indien und der Sowjetunion unterstützte Bangladesch, dessen Aufnahme in die UNO es zunächst auch durch sein Veto blockierte. Vgl. u. a. Groeling, Erik von: Moskau, Peking und der Krieg zwischen Indien und Pakistan. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1972, Nr. 6.

20 Im Nahostkonflikt vertritt China die Position der militanten Palästinenser und lehnt jeden Kompromiß zwischen Arabern und Israel als „Kuhhandel“ zwischen den USA und der UdSSR ab. Vgl. dazu u. a. Fabritzek, Uwe G.: China und der Nahe Osten. Internationales Afrikaforum, München, 1974, Nr. 1, S. 58–72.

21 In diesem Konflikt stand China auf seiten Griechenlands, ohne jedoch so deutlich wie in den vorgenannten Krisen Stellung zu beziehen. Vgl. China aktuell, Hamburg, August 1974, S. 474–476.

22 Den Text siehe Peking Rundschau 1972, Nr. 9, ebenso „Aktuelle Chronik“ im Internationalen Asienforum 1972, Nr. 2, S. 291–293.

23 Siehe dazu u. a. Fabritzek, Uwe G.: Politik „zwischen“ den Supermächten. Europäische Chinapolitik und chinesische Europapolitik seit 1949. In: China Report, Wien, 1973, Nr. 13/14, S. 5–20.

24 Ebenda sowie derselbe: Europa in der Außenpolitik Chinas. In: Politische Studien, München, Nr. 211 (Sept./Okt.) 1973, S. 485–498.

25 Zur Entwicklungshilfepolitik Chinas siehe u. a. Bartke, Wolfgang: Die Wirtschaftshilfe der Volksrepublik China. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1972, Nr. 44; sowie derselbe: Die Wirtschaftshilfe der VR China. In: China aktuell, Hamburg, August 1974, S. 486–498; „Thesen über chinesische Auslandshilfe“. In: China Report, Wien, 1974, Nr. 18, S. 5–10.

26 Sämtliche Dokumente in deutscher Fassung siehe in: Peking Rundschau, Peking, 1973, Nr. 35/36, S. 5–34.

27 Unter ihnen u. a. Kang Sheng, Tan Chen-lin, Saifuddin, Chu Teh. Peking Rundschau 1973, Nr. 35/36, S. 8, 10.

28 Peking Rundschau 1973, Nr. 35/36, S. 10.

29 „Bericht auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas – Chou En-lai.“ Peking Rundschau 1973, Nr. 35/36, S. 17–26.

30 Bericht über die Abänderung des Parteistatuts durch Wang Hung-wen in: Peking Rundschau 1973, Nr. 35/36, S. 33.

31 Siehe dazu auch die Ausführungen von Scharping, T.: Die Volksrepublik China nach dem X. Parteitag der KPCh. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 1974, Nr. 12, S. 15 f.

32 Das Statut der KP Chinas. In: Peking Rundschau 1973, Nr. 35/36, S. 28.

33 Ebenda S. 29.

34 Ebenda S. 22 und 32.

35 Ebenda S. 32.

36 Ebenda S. 34.

37 Ebenda S. 34.

38 Ebenda S. 24.

39 Ebenda S. 22.

40 Ebenda S. 22.

41 Ebenda S. 23.

- 42 Ebenda S. 24.
 43 Ebenda S. 24.
 44 Ebenda S. 23.
 45 Ebenda S. 19.
 46 Ebenda S. 19 und 22.
 47 Ebenda S. 23.
 48 Ebenda S. 23.
 49 Ebenda S. 8.
 50 Ebenda S. 27.
 51 Ebenda S. 34.
 52 Ebenda S. 34.
 53 Ebenda S. 34.
 54 Vgl. Anm. 51.
 55 Bericht Chou En-lais, a. a. O. S. 25.
 56 Ebenda.
 57 Ebenda S. 26.
 58 Vgl. im einzelnen Scharping, T., a. a. O. S. 26 bis 28.
 59 Bericht Chou En-lais, a. a. O. S. 26.
 60 Ebenda.
 61 Ebenda.
 62 Bericht über die Abänderung des Parteistatuts von Wang Hung-wen, a. a. O. S. 33.
 63 Ebenda.
 64 Siehe dazu Scharping, T., a. a. O. S. 23 f.
 65 Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, a. a. O. S. 22.
 66 Ebenda.
 67 Ebenda S. 31.

Gerd Kaminski, Wien

EINFLUSS DER KRITIK AN LIN BIAO UND KONFUZIUS AUF DIE CHINESISCHE AUSSENPOLITIK?

- I. Rechtfertigung der Themenstellung
- II. Indizien für eine Änderung der chinesischen Außenpolitik
- III. Daraus abgeleitete Schlußfolgerungen
- IV. Würdigung der Indizien und Schlußfolgerungen
 - 1. Das personelle Moment
 - 2. Die angebotenen Indizien und Schlußfolgerungen gemessen an chinesischen Grundsatzklärungen, Diskussionsbeiträgen und der Praxis bezüglich der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Auslandsbeziehungen
 - A. Kultur
 - B. Wirtschaft
 - C. Politik
 - a) Zu einer Fremdenfeindlichkeit
 - b) Zu einer Politik der Konfrontation und Intervention
 - c) Zum Problem der Paracel-Inseln
- V. Resümee
- VI. Fußnoten

I. Rechtfertigung der Themenstellung

Der Titel, der der vorliegenden Untersuchung vorangestellt wurde, ist nicht ohne Grund mit einem Fragezeichen versehen. Eine genaue Überprüfung der chinesischen Außenpolitik seit Anlaufen der Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist nämlich hinsichtlich konkreter Resultate bezüglich einer Neuorientierung wenig ergiebig. Dies enthebt aber nicht von vornherein der Aufgabe, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, denn erstens gilt für China das allgemeine Prinzip, daß dort Innen- und Außenpolitik stets in engem Zusammenhang gesehen wurden¹, und zweitens sind von „China-watchers“ verschiedener Lager bereits Überlegungen in dieser Richtung angestellt worden. Dabei nannten diese folgende

II. Indizien für eine Änderung der chinesischen Außenpolitik

Die gegen Angehörige der sowjetischen Botschaft in China gerichtete chinesische Beschuldigung, sie hätten Spionage betrieben².

Die Festnahme der drei Mann Besatzung eines sowjetischen Hubschraubers, der auf chinesischem Territorium gelandet war, unter Spionageverdacht, wobei die sowjetische Darstellung, der Hubschrauber habe sich auf einer medizinischen Mission befunden, zurückgewiesen wurde³.

Die Verwechslung, die chinesischen Passanten mit einem französischen Diplomaten unterlaufen ist, den sie unter dem Verdacht, er sei ein sowjetischer Spion aus dem Auto zogen, um ihm die Kamera abzunehmen und der Polizei zu übergeben⁴.

Die massive Kritik an dem China-Film des italienischen Regisseurs Antonioni und damit in Zusammenhang stehende „xenophobische“ Manifestationen der chinesischen Bevölkerung, wie die Belagerung einer italienischen Diplomantochter in ihrem Auto⁵ oder die Beschlagnahme eines Filmes aus der Kamera der Frau eines australischen Diplomaten, welche Szenen in einer chinesischen Volkskommune aufgenommen hatte⁶.

Die im Zusammenhang damit gemeldeten angeblichen Reisebeschränkungen in China⁷.

Die in China geäußerte Kritik an der Musik westlicher Komponisten⁸ und die Absage des Besuches eines französischen Symphonieorchesters⁹.

Die aus verschiedenen chinesischen Provinzen laut gewordenen Manifestationen der chinesischen Bevölkerung gegen frühere, den amerikanischen und japanischen Truppen bzw. Missionaren zugeschriebenen Greueltaten¹⁰.

Der in der Hongqi Nr. 1 des Jahres 1974 veröffentlichte Artikel, in dem die chinesische Autarkie auffallend betont und vor einer technischen Abhängigkeit vom Ausland gewarnt wird.¹¹ — In bemerkenswert scharfer Form wendet sich der Autor Wei Bing-kui, Mitglied des ZK

und Arbeiter aus dem Stahlwerk in Anshan, gegen Genossen, welche von der Technik des Auslandes verblendet gewesen seien.

Die Tatsache, daß die Gewerkschaften in der Provinz Hunan zu Beginn des Jahres 1974 — zum drittenmal seit 1966 — die Parole aufgenommen haben: „Es ist gerechtfertigt, gegen Reaktionäre zu rebellieren“¹².“ Dabei wird von Zeitungen, wie der Hunaner Tageszeitung, Schützenhilfe geleistet: „... Wir dürfen... uns nicht vor den Massen fürchten. Wenn wir uns vor den Massen fürchten, können wir nicht in der vordersten Kampflinie stehen“¹³.

Die Unterschiede, die sich zwischen Tschou En-lai und Wang Hung-wen in ihrer Beurteilung der internationalen Lage auf dem 10. Parteitag ergeben haben¹⁴.

Das von manchen Beobachtern als „militärischer Paukenschlag“¹⁵ empfundene Vorgehen Chinas auf den Paracel-Inseln¹⁶.

Seitens der sowjetischen Beobachter werden diese vor allem von westlicher Seite aufgezählten Fakten wiederholt und teilweise noch nachdrücklicher betont. — So etwa der Fall der Paracel-Inseln, den die sowjetischen Beobachter, wie später noch auszuführen sein wird, nur als Teil eines großen strategischen Konzepts Chinas ansehen. — Zum anderen wird der Katalog von Indizien jedoch auch durch eine originär sowjetische Aufzählung bereichert:

Die Weigerung Chinas, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen¹⁷.

Die angeblich erklärte Absicht Chinas, ehemals chinesische Gebiete zurückzuerobern^{18 19}.

Die „maximale Militarisierung“ der chinesischen Gesellschaft²⁰. Die positive Betonung des chinesischen Kaisers Chin Shi Huang im Zuge der Kritik an Lin Biao und Konfuzius²¹.

Anhand der vorstehend angeführten Indizien zog man folgende

III. Daraus abgeleitete **Schlußfolgerungen**

Beobachter in Peking meinten, Grund zur Annahme zu haben, China könnte sich wiederum, wie zur Zeit der Kulturrevolution dem Ausland gegenüber abschließen und in einen Status der weitgehenden diplomatischen Passivität verfallen. Am ärgsten sah man durch die neuen Entwicklungen den Kulturaustausch und den Handel bedroht²². Doch auch die seit 1970 reaktivierten und intensivierten politischen Kontakte schienen gefährdet. Goodstadt stellte an den Beginn eines seiner Kommentare den knappen Satz: „China's diplomacy is in cold storage“ und führte weiter aus, die Verweise auf in China in der Vergangenheit durch Ausländer verübte Greuelthaten könnten als Signale an die Zentrale in Peking gedeutet werden, sich mehr auf die Lösung interner als internationaler Probleme zu konzentrieren²³. Der Umstand, daß Tschou En-lais und Wang Hung-wens Berichte auf dem 10. Parteitag in bezug auf die Intensität der an den USA geübten Kritik differieren²⁴, bot zu Überlegungen Anlaß, Chinas Außenpolitik würde möglicherweise mehr auf Konfrontationskurs gehen²⁵, um so mehr, als man Anzeichen zu erkennen glaubte, daß Mao Tse-tung selbst in seiner Innen- und Außenpolitik eine Linksschwenkung vollzöge²⁶.

Selbstverständlich verfehlten die sowjetischen Kommentatoren nicht, diesen Thesen ihrerseits kräftige Akzente hinzuzufügen. K. Smirnow von der sowjetischen Presseagentur Nowosti wußte zu berichten, viele maßgebende Chinaexperten und politische Kommentatoren verträten die Ansicht, „... daß die Kampagne der ‚Kritik an Lin Biao und Konfuzius‘ eine neue Phase der berüchtigten Kulturrevolution ist, die vor nicht allzulanger Zeit nicht nur zu einer Störung der politischen Stabilität und zum Wirtschaftsrückgang geführt hat, sondern auch zu verkrampften außenwirtschaftlichen Beziehungen und diplomatischen Aktionen Chinas“²⁷. Sein Analogieschluß zur Kulturrevolution führt ihn weiter zu der Prognose, China würde insbesondere den Staaten der Dritten Welt gegenüber

eine Politik der „direkten Drohungen“ des „Drucks“ und des „Arme-Ausdrehs“ verfolgen²⁸. Bei dieser Politik strebe China, gestützt auf eine maximale Militarisierung der chinesischen Gesellschaft, vor allem nach der Rückgewinnung ehemals chinesischer Territorien und der Wiederherstellung der Abhängigkeit seiner ehemaligen Vasallenstaaten. Daher dränge sich die Feststellung auf „... daß die Ergebnisse auf den Paracel-Inseln, die eine wichtige strategische Bedeutung haben und für die Peking aus eben diesem Grunde ein derart großes Interesse zeigt, nicht eine isolierte und zufällige Episode waren, sondern eine sich aus dem Wesen der maoistischen außenpolitischen Konzeption logisch ergebende Aktion“²⁹.

Diese maoistische außenpolitische Konzeption vertrete die Anwendung offener Gewalt³⁰, was nach Ansicht der sowjetischen Kommentatoren I. Alexeyev und G. Apalin auch durch das im Rahmen der Kritik an Lin Biao und Konfuzius dem Kaiser Chin Shi-huang gespendete Lob deutlich werde:

“Praise is now being lavished on all men and all means which have helped and still help to extend the territory of the Chinese state and to build up its strength. The ancient Chinese emperor Chin Shih-huang and various other historical personalities are being set up by Maoist propaganda as the ideal of ‘strong men’. What these men had in common was brutality, ruthlessness and perfidy, and in its admiration of the cult of force, official Chinese propaganda has been trying to throw a bridge across the centuries from the ancient period to the present day, from Chin to Mao, in an effort to give the imprimatur to the despotism and lawlessness of the ‘cultural revolution’ fighters and to sanctify the anti-popular essence of the present regime in China³¹.”

Ein anderer sowjetischer Autor, B. Kubarow, präzisiert, welche Staaten nach sowjetischer Vorstellung Zielobjekte chinesischer Expansionsbestrebungen sind:

“The undisguised expansionism of China's social-chauvinistic policy is re-

vealed in respect to the question of border territories. As early as 1939, in a pamphlet entitled *THE CHINESE REVOLUTION AND THE COMMUNIST PARTY OF CHINA*, Mao Tse-tung wrote that China had the right to annex neighbouring countries on the grounds that in remote times they had been conquered by Chinese emperors. 'After defeating China in war', he wrote, 'the imperialist powers seized many of her vassals and part of her territory proper. Japan seized Korea, Taiwan, the Ryukyu Islands, the Pescadores and Port Arthur. Britain seized Burma, Bhutan, Nepal and Hongkong; France seized Annam; while a small country like Portugal seized our Aomen.' Mao Tse-tung, thus, interpreted the numerous conquests not as aggression against the peoples of the countries concerned but as actions against China.

In line with this logic the sovereign Mongolian People's Republic, Korea, the Democratic Republic of Vietnam, Laos, Cambodia, Burma, Malaysia and Thailand, and also parts of India, Japan and the Philippines are regarded by the Maoists as territories that sooner or later must be 'reunited' with China...³²."

Damit wäre die Palette von Theorien, Kombinationen und Vermutungen auch in den grellen Farben wohl sortiert. Es kann daher damit begonnen werden, detailliert zu überprüfen, wie weit das angebotene Material im Lichte von objektiv erarbeiteten Fakten und Daten betrachtet ausbleicht oder sich als beständig erweist.

IV. Würdigung der Indizien und Schlußfolgerungen

1. Das personelle Moment

Da Ministerpräsident Tschou En-lai, welcher der chinesischen Außenpolitik der letzten Jahre seinen Stempel aufprägte, keinerlei Anzeichen hinsichtlich einer Änderung dieser Politik gegeben hat³³, sondern auf einem für den zu Besuch in Peking weilenden Präsidenten Tanzanias, Julius Nyerere, gegebenen

Empfang sogar feststellte, er habe über auswärtige Angelegenheiten nichts Neues zu sagen³⁴, ist von seiner Seite her nicht mit Kursänderungen zu rechnen. Spekulationen, eine solche Kursänderung könne sich unabhängig von seiner Person vollziehen, überzeugen deshalb nicht, weil zu viel dafür spricht, daß Tschou En-lai in seiner Außenpolitik die volle Unterstützung Mao Tse-tungs genießt. Dies kann unter anderem nicht nur durch die Würdigung der Tatsache erhärtet werden, daß — daß dem üblichen chinesischen Stil zuwiderlaufend, der im allgemeinen keine Erklärungen für das Fernbleiben chinesischer Politiker von offiziellen Anlässen kennt — das gesundheitlich bedingte Nichtauftreten Tschou En-lais — offensichtlich zwecks Vermeidung von Mißverständnissen — begründet wurde und zur Unterstreichung von dessen unveränderter Rolle in der chinesischen Außenpolitik für ausländische Staatsmänner außerhalb des für Tschou En-lai zu anstrengenden offiziellen Rahmens kurze Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten^{34a} — in einzelnen Fällen sogar im Spital³⁵ — organisiert worden sind. Es hat auch Goodstads nachdrückliche Betonung des Umstandes viel für sich, daß Tschou En-lai in seiner Kondolenzbotschaft an die Witwe des französischen Präsidenten Pompidou nicht nur in seinem eigenen, sondern auch im Namen des Vorsitzenden Mao Tse-tung sprach³⁶.

Mißt man dem personellen Moment hinsichtlich der Kontinuität der Außenpolitik der VR China besondere Bedeutung zu, so muß man auch die Frage nach den anderen profilierten Exponenten der chinesischen Außenpolitik stellen. Dabei stößt man vor allem auf die Namen Deng Xiao-ping und Quiao Guan-hua — die Namen von Personen, die keine Änderung des chinesischen außenpolitischen Kurses wahrscheinlich machen, sondern vielmehr dessen Kontinuität zu garantieren scheinen. Der letztgenannte — kein Exponent radikaler außenpolitischer Verirrungen der Kulturrevolution, sondern vielmehr davon in Mitleidenschaft gezogen³⁷ — hat nicht nur bei seinem offiziellen Auftreten, wie etwa vor dem Forum der Vereinten Na-

tionen, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten besonders betont³⁸, sondern dieses Prinzip auch im privaten Gespräch mit dem Verfasser hervorgekehrt. Wörtlich sagte er: „Revolutionen dürfen nicht aufgezwungen werden. Alle Völker werden meiner Überzeugung nach den Weg des Sozialismus gehen. – Wie und wann sie diesen Weg gehen, ist jedoch ihre eigene Angelegenheit“³⁹.

Deng Xiao-ping, ein alter Kampfgefährte Tschou En-lais aus den Tagen gemeinsamer politischer Arbeit in Frankreich, dürfte ebenfalls für Radikalismen à la Lin Biao wenig übrig haben. Noch klingen die ironischen Worte, die er im Rahmen der von ihm am 23. Oktober 1966 abverlangten Selbstkritik für Lin Biao gefunden hat, im Ohr⁴⁰. Nach der damals erfolgten Einbuße seiner Funktion als Generalsekretär der KPCH, wurde er 1973 in die verantwortungsvolle und mit der Außenpolitik eng verknüpfte Position eines stellvertretenden Ministerpräsidenten gebracht. Das heißt aber nicht, daß Deng Xiao-ping deshalb hinsichtlich der chinesischen Außenpolitik bloß in ausführender Funktion gesehen werden darf. Österreichische Delegationen gewannen vielmehr den Eindruck, daß Deng Xiao-ping zwar die gültigen Leitlinien der chinesischen Außenpolitik nachdrücklich vertritt – jedoch auf Basis eigener und selbstbewußter Überzeugung. Dies kam insbesondere wiederum beim Problem der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten durch fremde Revolutionen und Ideologien zum Ausdruck⁴¹.

Da Deng und Qiao sich also offensichtlich mit der seit 1970 eingeschlagenen außenpolitischen Linie identifizieren – und dies in Eigenverantwortlichkeit, Eigenständigkeit und Eigeninterpretation so halten, können vom personellen Moment her keine Schlüsse auf eine Änderung der chinesischen Außenpolitik im Zuge der Kritik an Lin Biao und Konfuzius gezogen werden.

2. Die angebotenen Indizien und Schlußfolgerungen gemessen an chinesischen Grundsatzserklärungen, Diskussionsbeiträgen und der Praxis bezüglich

der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Auslandsbeziehungen.

A. Kultur

Auf dem kulturellen Sektor ist zu beobachten, daß in gewissen Bereichen eine chinesische Zurückhaltung kennzeichnend ist. – Dies insbesondere auf der Importseite und bezüglich von Kunstgattungen, wie etwa der klassischen europäischen Musik, welche gerade in China im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Andererseits können hinsichtlich der Entsendung von Kulturträgern der VR China in das Ausland einschneidende Maßnahmen nicht beobachtet werden.

Die Zahl der entsandten aber auch der empfangenen wissenschaftlichen Delegationen ist beachtlich, und zu den bisher mehr naturwissenschaftlich ausgerichteten Abordnungen gesellten sich in letzter Zeit sogar sozialwissenschaftliche⁴².

Aber auch mit traditioneller chinesischer Kunst und traditionellen Fertigkeiten trat man im Ausland auf. In Japan wurde im September 1974 eine Ausstellung von Ming- und Qing-Kunstgegenständen und im November 1974 eine von Reproduktionen chinesischer Wandmalerei aus der Han- und Tang-Zeit und nicht lange davor hatte in Kanada eine Ausstellung während der letzten Jahre in der Provinz Qiangsu geschaffener Malerei und kunsthandwerklicher Erzeugnisse stattgefunden⁴³.

In Mexiko, in den USA und in Japan gastierten Wushu-Truppen, welche alten chinesischen Kampfsport demonstrieren⁴⁴, und das chinesische zentrale Philharmonische Orchester hatte während seiner kürzlich in Japan absolvierten Tournee auch Stücke der Volksmusik und traditionellen Musik auf dem Programm⁴⁵. Schließlich spricht es auch von Flexibilität und anhaltender chinesischer Toleranzbereitschaft ausländischer Kultur gegenüber, daß die Multimedien-schau auf der Österreichischen Industrieausstellung in Peking im Frühjahr 1974 sehr ausgiebig von klassischer österreichischer Musik Gebrauch machte, ohne daß die chinesischen Behörden da-

gegen eingeschritten wären.

In letzter Zeit wurden in Peking auch einige Kulturaustauschdelegationen empfangen. Neben dem durch seine besondere Situation begünstigten Japan waren es Jugoslawien und Australien, welche zur Entsendung solcher eindeutig zweckbezogener Delegationen Gelegenheit erhielten^{45a}.

All dies scheint einer bevorstehenden starren Abschließung Chinas im Kulturverkehr mit dem Ausland zu widersprechen, und die kommunistische Zeitung in Hongkong Da Gong-bao ermutigte jene, welche den Pessimismus mancher China-watchers bezüglich des chinesisch-ausländischen Kulturaustausches nicht zu teilen bereit sind, indem sie schrieb:

„Es bedeutet keine Abschließungspolitik, wenn China einen Teil der europäischen Kultur kritisiert hat“^{45b 46}

B. Wirtschaft

Was den Handelsverkehr mit China betrifft, so ist klar, daß die stark vermehrte Zahl derer, welche versuchen, am limitierten (2% des Bruttonationalproduktes) chinesischen Außenhandel mitzunutzen, die in China zu erzielenden Preise noch stärker unter Druck setzt. Aus der Praxis des chinesischen Außenhandels während des Jahres 1974 ist jedoch keine einsetzende Restriktion erkennbar. Wie der Leiter des Asienreferates der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer, Dr. Peter Fitz, und der Gesellschafter des Bankhauses Schöller, Dr. Herbert Schöller, erst kürzlich in Vorträgen vor dem Österreichischen China-Forschungsinstitut ausführten, besteht zwar in China nach wie vor kein Interesse an ausländischen Krediten, wohl aber neuerdings eine positivere Haltung zu längeren Zahlungszielen. Dr. Fitz wies darauf hin, daß China bereits Anlagen mit zwanzigprozentiger Anzahlung und einem Zahlungsziel von fünf Jahren bei einer Verzinsung von 6% gekauft habe und prognostizierte gute Perspektiven für die ausländische Exportwirtschaft in China im kommenden Jahr^{46a}.

Dem vielzitierten Diskussionsbeitrag

in der Hongqi Nr. 1 des Jahres 1974 stehen außerdem bis jetzt sämtliche offiziell getroffenen chinesischen Aussagen entgegen. Fast als Antwort und als Besänftigung der im Ausland geäußerten Befürchtungen ist ein Passus im Vorwort des 1974 im Verlag für fremdsprachige Literatur erschienenen Werkes „Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas“ zu deuten:

„Daß wir den Kurs der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft entschlossen durchführen, bedeutet auf keinen Fall engstirnige Autarkie und Ablehnung jeglicher Hilfe vom Ausland. Wir vertreten seit je die Ansicht: Es ist für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft von Nutzen und notwendig, daß alle Länder unter den Bedingungen der Achtung der staatlichen Souveränität, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und des Austausches der beiderseits benötigten Dinge den wirtschaftlichen und technischen Austausch aufnehmen und mit den Vorteilen anderer Länder die eigenen Nachteile überwinden“⁴⁷.

In dem dem „Außenhandel auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils“ gewidmeten Teil des oben zitierten Buches wird dem fettgedruckten Zitat des Vorsitzenden Mao besonderer Platz eingeräumt:

„Das chinesische Volk will Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt anknüpfen, den Außenhandel wiederherstellen und entwickeln, um zur Entwicklung der Produktion und zum Gedeihen der Wirtschaft beizutragen“⁴⁸.

Von besonders berufener Seite wurde dann nochmals im Oktober 1974 ein direkter Bezug zwischen der Kritik an Lin Biao und Konfuzius und dem chinesischen Außenhandel hergestellt, wobei der für einige Beobachter vielleicht überraschende Schluß gezogen wurde, diese Kritikbewegung würde sogar zu einer Erweiterung des chinesischen Außenhandels beitragen^{48a}. Diese von niemand geringerem als dem Präsidenten des chinesischen Komitees zur Förderung des Internationalen Handels, Wang Yao-ting, getroffene Feststellung mußte jedenfalls Zweifeln an der Absicht der chinesischen

kompetenten Stellen, die bisherige Außenhandelspolitik weiterzuführen, den Boden entziehen:

„Die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die heute in China vor sich geht, ist von großer aktueller und weitreichender historischer Bedeutung für die Konsolidierung und Weiterführung der großen Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution, für die Festigung der Diktatur des Proletariats und die Verhütung der Restauration des Kapitalismus. Diese revolutionäre Entwicklung wird die Volkswirtschaft Chinas vorantreiben und Chinas Außenhandel erweitern. In Zukunft wird die Erzeugung industrieller und landwirtschaftlicher Produkte besserer Qualität und das Angebot von Sorten und Mustern stetig zunehmen. China wird in der Lage sein, mehr und bessere Güter zu exportieren, die bei den Völkern anderer Länder Anklang finden werden. Auch wir werden Güter importieren, die wir benötigen. Kein Zweifel, die Perspektive für die Entwicklung des Handels mit anderen Ländern weitet sich aus“⁴⁹.

C. Politik

a) Zu einer Fremdenfeindlichkeit

Unter den Berichten, die uns Anfang dieses Jahres aus China erreichten, befanden sich solche, welche Details enthielten, die an die Anfänge der Kulturrevolution erinnerten. — So etwa, daß die Massen wiederum die Aufgabe übernahmen, zu bestimmen, was in China fotografiert werden darf und was nicht⁵⁰. In Peking wohnhafte Ausländer meldeten, die Atmosphäre in China habe sich plötzlich sehr zu ihrem Nachteil verändert, und da und dort war von unverborgenen gegenüber Fremden zur Schau getragener Feindseligkeit der chinesischen Bevölkerung die Rede. Da auch sonstige Vorgänge an das China der Jahre 1965/66 erinnerten⁵¹, mußte man den kommenden Entwicklungen mit Spannung entgegensehen.

Was die Haltung der Bevölkerung Fremden gegenüber betrifft, so kann dabei auf die Erfahrungen der Reisegruppen des Österreichischen China-Forschungsinstitutes zurückgegriffen wer-

den. Entgegen der Gerüchte von starken Reise- und Besichtigungsbeschränkungen in China, konnte die im März 1974 auf Einladung der „Gesellschaft des chinesischen Volkes zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten“ in China weilende Vorstandsdelegation des ÖCF neben Peking auch die Städte Shanghai, Nanking und Loyang besuchen und erhielt auch reichlich Gelegenheit zur Besichtigung von Fabriken und Bildungseinrichtungen — normalerweise Signalanzeiger für chinesische Kampagnen. Nur vereinzelt — in der romantischen, aber für moderne chinesische Wohnkultur nicht ganz repräsentativen Altstadt von Loyang bzw. als in Peking Passanten den Eindruck gewannen, nicht der Kaiserpalast, sondern sie seien ungefragt photographisches Motiv — traten unerhebliche Schwierigkeiten auf. In den Fabriken war festzustellen, daß im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren die Belegschaft nicht mehr spontan applaudierte oder den Fremden zulächelte, sondern sich am Anfang eher neutral und abwartend verhielt. — Eine Reserve, die aber ausnahmslos im Wege eigener Kontaktnahme zugunsten der aus früherer Zeit bekannten herzlichen Atmosphäre zu korrigieren war.

Die Studiengruppe des ÖCF im Mai 1974 unterlag allerdings hinsichtlich des Photographierens noch stärkeren Beschränkungen, und in einem Fall erschien der Schaffner im Auftrag der Massen im Coupé und bat von allzu intensivem Filmen aus dem Waggonfenster Abstand zu nehmen. Fremdenfeindliche Akte waren aber auch damals nicht zu bemerken.

Bei den Vorbereitungsarbeiten für die Studiengruppe im August 1974 fiel auf, daß das chinesische Reisebüro keineswegs, wie das bei einer beabsichtigten Einschränkung des Reiseverkehrs der Fall sein müßte, die Zahl der „offenen“ Städte ängstlich limitiert, sondern, daß seitens der befaßten chinesischen Beamten selbst die Möglichkeit, auch andere Routen zu wählen, bekanntgegeben wurde. Damals kamen Shenyang, Changchun, Anshan, Kirin und Daliän neu auf die Liste, und für 1975 wurde mit Djinan sogar ein ehemaliges Hauptzentrum ka-

tholischer Missionsarbeit in China angeboten. — Was kaum auf eine im Wege über Ressentiments von Staats wegen abseits der bisherigen wenigen Reiserouten genährte Fremdenfeindlichkeit schließen läßt! Dazu kommt, daß sich die Studiengruppe im August 1974 wiederum völlig frei bewegen konnte und bezüglich des Photographierens keinerlei Beschränkungen unterlag. Manifestationen, welche auf eine Kontinuität zu denen der Jahre 1966/67 schließen hätten lassen, konnten auch nicht im Ansatz festgestellt werden.

b) Zu einer Politik der Konfrontation und Intervention

Gewiß könnte im Wege eines Vergleiches der außenpolitischen Aussagen Tschou En-lais und Wang Hung-wens vom 10. Parteitag ein gewisser Unterschied herausgelesen werden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Themenstellung beider Berichte verschieden war (im Gegensatz zu Tschous umfassendem politischem Bericht war Wangs Referat der Änderung der Parteifassung gewidmet) und daß die Außenpolitik daher bei Tschou En-lai mit 10 Seiten notwendigerweise einen größeren Platz einnimmt als bei Wang (etwas über eine Seite) könnte mehr als eine Verknappung dafür maßgebend sein, daß bei Wang die Sowjetunion und die USA als gleichermaßen unmittelbar gefährliche Gegner angeführt sind: er fordert zur Wachsamkeit vor Überraschungsangriffen des „Imperialismus und Sozialimperialismus“ auf⁵².

Auch Ministerpräsident Tschou schenkte dem US-Imperialismus im Rahmen seines Berichtes Aufmerksamkeit. Dort, wo die USA allein und direkt angesprochen sind, nehmen Tschous Ausführungen allerdings relativ geringen Raum ein, und außerdem qualifiziert er sie unter Anführung der Beispiele Korea und Vietnam als am absteigenden Ast befindlich⁵³. Viel breiteren Raum widmete er den — geglückten — sowjetischen militärischen und sonstigen Interventionen in der Tschechoslowakei, in Polen, in Ägypten und im indisch-pakistanischen Konflikt⁵⁴. Als potentieller Angreifer wird von Tschou namentlich nur der „Sowjetische Sozialimperialismus“ genannt, und

erst dann schließt eine allgemeine Formel an, daß die Volksbefreiungsarmee und die Miliz zu jeder Zeit bereit sein müßten, jeden Angreifer zu vernichten⁵⁵. — D. h. Tschou En-lai sieht in der Sowjetunion den gefährlicheren Gegner, während man aus Wang Hung-wens Feststellungen auf eine Befürwortung einer ausgewogenen Frontstellung gegenüber beiden Supermächten schließen könnte.

Eine Verstärkung letzterer, falls überhaupt vorhandenen Tendenz, im Zuge der Kritik an Lin Biao und Konfuzius wäre aber nur dann wahrscheinlich, wenn sich dafür in chinesischen Grundsatzserklärungen und der chinesischen Praxis weitere Anhaltspunkte fänden. Solche Anhaltspunkte wären vielleicht die verstärkt klassenkämpferischen Parolen und Aufrufe zur gerechtfertigten Rebellion gepaart mit dem Slogan, man möge keine Angst vor der Machtübernahme durch die Massen haben⁵⁶, denen man eventuell auch internationale Aspekte in Richtung auf eine Betonung internationalen Klassenkampfes abgewinnen könnte⁵⁷. Dazu würde passen, daß den pekingorientierten politischen Gruppen im Ausland in letzter Zeit eine verstärkte Beachtung durch die chinesischen Massenmedien geschenkt wird^{58 59}.

Andererseits muß mit der notwendigen Klarheit festgestellt werden, daß es sich in einem Fall um Mutmaßungen handelt, die auf chinesischen Äußerungen aufbauen, welche weitgehend noch Diskussionsbeiträge sind und im anderen Fall um eine Änderung der bisherigen Haltung um Schattierungen, die noch zu subtil sind, um weitreichende Schlüsse rechtfertigen zu können.

Korrekterweise wird man also den offiziellen chinesischen Aussagen den Vorzug geben und daran messen müssen. Nimmt man diese Position ein, dann fällt es nicht schwer, die Meinung jener Fachleute zu teilen, welche unter Anwendung dieser Methode eine Änderung der chinesischen außenpolitischen Grundsätze verneint haben⁶⁰. So ist etwa Wang Hung-wens vorher zitierte Aussage auf dem 10. Parteitag — wenn überhaupt in dem beigemessenen Sinn zu deuten — als Diskussionsbeitrag zu werten, denn das

sicherlich nicht ohne Zustimmung Mao Tse-tungs, unter dessen Autorität der Parteitag stand⁶¹, herausgegebene Pressekommunique über den 10. Parteitag, trägt den Ausführungen des Ministerpräsidenten Tschou En-lai Rechnung, wenn es zwar ganz allgemein zu Wachsamkeit vor dem Ausbruch eines imperialistischen Weltkriegs ausruft, jedoch dann mit dem Passus „particularly against surprise attack by socialimperialism“ die Sowjetunion zum Hauptgegner stempelt⁶². Auch bezüglich der späteren chinesischen Grundsatzklärungen und grundlegenden Artikel ist in Übereinstimmung mit Matsumoto festzuhalten, daß darin keine grundlegenden Änderungen erkennbar sind⁶³. Als Beispiel seien hier nur die Reden des chinesischen Außenministers Qiao Guan-hua vor der UN-Generalversammlung des Jahres 1971 und der des Jahres 1974 herausgegriffen. Gewiß — es ist 1974 (wie auch 1971) davon die Rede, daß China nationale Befreiungskämpfe unterstützt^{64a}. Wie damals fehlt ein Hinweis auf die Mittel, mit denen China beizuspringen bereit ist. Wie damals fehlt ein Passus, der in Lin Biaos Schrift „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“ aus dem Jahre 1965 sehr wohl vorkommt, nämlich der von aktiver chinesischer Hilfe für solche Unabhängigkeitskämpfe spricht⁶⁴. Wie damals werden in diesem Zusammenhang nur Kolonialgebiete namentlich angeführt, die sich in ihrem Unabhängigkeitskampf auf eine breite Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen stützen können (Mozambique, Angola, Simbabwe, Namibia und Asania)⁶⁵. Vermutungen, welche auf ein chinesisches Bekenntnis zu Konfrontation und Intervention abstellen, werden schließlich noch mehr erschüttert, wenn man berücksichtigt, was Minister Qiao 1974 bezüglich des Problems der spanischen Sahara zu sagen hatte: es möge durch freundschaftliche Konsultationen eine vernünftige Lösung gesucht werden⁶⁶. Angemerkt sei noch, daß Qiao Guan-hua vor den Vereinten Nationen ähnlich wie Tschou En-lai auf dem 10. Parteitag mit eindringlichen Worten die Sowjetunion als die Hauptgefahr für die übrigen Staaten darstellte⁶⁷.

Die aus diesen offiziellen Aussagen abzuleitenden Schlüsse auf eine Konti-

nuität der bisherigen chinesischen Außenpolitik werden noch durch Hinweise chinesischer Sprecher erhärtet, durch welche eine beabsichtigte Kursänderung ebenfalls in Abrede gestellt wird⁶⁸.

Dem tun auch die Thesen hinsichtlich einer Militarisierung der chinesischen Gesellschaft bzw. einer Machtstaatspolitik à la Chin Shi-huang keinen Abbruch. — Gerade der Einfluß der Armee ist in letzter Zeit in China stark zurückgegangen⁶⁹, und keiner der Gesprächspartner des Verfassers aus dem Völkerrechtsbüro oder der Peking Universität machte im März dieses Jahres auch nur eine Äußerung, welche darauf schließen hätte lassen, daß im Zuge der positiven Betonung der historischen Rolle Chin Shi-huang-dis als Reichseiner und Förderer der damals relativ fortschrittlicheren legalistischen Politik an eine Wiederbelebung von Maximen legalistischer Außenpolitik gedacht sei. Bezüglich der Förderung legalistischen Gedankengutes wurde sogar ausdrücklich festgestellt, es sei für die damalige Zeit fortschrittlich gewesen. In diesem Sinne äußert sich auch Yang Rong-guo in seinem im Juli 1973 im Volksverlag in Peking veröffentlichten Werk „Eine kurze Geschichte der Philosophie Chinas“, in dem er ausdrücklich darauf hinweist, selbst wenn es damals gut gewesen sei, was die Kaiser machten, entspreche es doch nicht den Bedürfnissen der Gegenwart⁷⁰. Dies ist umso bemerkenswerter, als es Yang Rong-guo gewesen ist, der mit seinen Publikationen den Startschuß zur Konfuziuskritik gegeben hat^{70a}.

Im Zusammenhang mit der Machtstaatspolitik Chin Shi-huang-dis werden von sowjetischer Seite auch Feststellungen getroffen, China wolle die ehemals chinesischen Gebiete zurückerobern und die alte Abhängigkeit seiner asiatischen Randstaaten wieder herstellen. Eine Überprüfung läßt die sowjetische Behauptung schon im Ansatz mangelhaft erscheinen, denn ein Textvergleich erbringt folgende Disparitäten: Das von B. Kubarow in seinem Artikel „Social-Chauvinism in Peking's Policies“ aufgenommene Zitat aus Mao Tse-tungs Schrift „Die chinesische Revolution und die KP Chinas“ (Dez. 1939) lautet:

"After defeating China in war, the imperialist powers seized many of her vassals and part of her territory proper. Japan seized Korea, Taiwan, the Ryukyu Islands, the Pescadores and Port Arthur. Britain seized Burma, Bhutan, Nepal and Hong Kong; France seized Annam; while a small country like Portugal seized our Aomen⁷¹."

Während die 1965 in Peking erschienene englische Ausgabe und die 1968 ebendort erschienene deutsche Ausgabe der ausgewählten Werke Mao Tse-tungs folgende Fassung wiedergeben:

"After defeating China in war, they not only occupied many neighbouring countries formerly under her protection, but seized or 'leased' parts of her territory. For instance, Japan occupied Taiwan and the Penghu Islands and 'leased' the port of Lushun, Britain seized Hongkong and France 'leased' Kwang-chowwan. In addition to annexing territory, they exacted huge indemnities. Thus heavy blows were struck at China's huge feudal empire⁷²."

„Nach den militärischen Niederlagen, die sie China beibrachten, bemächtigten sich die imperialistischen Mächte nicht nur vieler Länder, die rings um China lagen und ursprünglich unter seiner Schirmherrschaft gestanden hatten, sondern rissen auch Teile chinesischen Territoriums an sich oder ‚pachteten‘ sie von China. Beispielsweise besetzte Japan Taiwan und die Penghu-Inseln und ‚pachtete‘ Lüsichun; England nahm sich Hongkong; Frankreich ‚pachtete‘ die Gungdschou-Bucht. Außer der Abtrennung von Territorien forderten die imperialistischen Mächte von China riesige Kontributionen. Auf diese Weise wurden China – diesem riesigen feudalen Imperium – schwere Schläge versetzt⁷³.“

Auch wenn die von Kubarow angegebene russischsprachige Quelle aus dem Jahre 1949 stimmen sollte, was dem Verfasser zu überprüfen unmöglich ist, ist doch mit Sicherheit festzustellen, daß aus den neuen und offiziellen in China herausgegebenen Ausgaben der Werke Mao Tse-tungs derlei chinesische Absichtserklärungen bezüglich der Wiederherstellung alter Gebietshefts- und

Abhängigkeitsverhältnisse nicht herauszulesen sind. Vielleicht ist es auch angebracht, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß China von der Sowjetunion nicht die durch ungleiche Verträge verlorengegangenen chinesischen Gebiete zurückfordert, sondern lediglich die Rückstellung jener Gebiete, welche Rußland bzw. die Sowjetunion unter Verletzung selbst der in den ungleichen Verträgen festgelegten Grenzen okkupiert hat⁷⁴.

Was die sowjetische Beschuldigung betrifft, Chinas Aggressivität sei auch daran zu erkennen, daß es sich weigere, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen, so hatte das früher von chinesischer Seite gebrachte Argument, es sei sonderbar, mit einem Staat, mit dem man einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen habe, einen Nichtangriffspakt zu schließen (so der Vizepräsident des chinesischen Institutes für Außenpolitik, Ke Po-nian, zur Vorstandsdelegation des ÖCF im September 1973), einiges an Logik für sich. In der Folge wurde aber im November 1974 durch den chinesischen Vorschlag, einen Nichtangriffspakt unter gleichzeitigem Truppenabzug aus den Grenzgebieten abzuschließen, der Schwarze Peter wieder den Sowjets zugespielt.

In seinem Verhältnis zu den asiatischen Nachbarstaaten dürfte China keinen Grund haben, durch Expansionsgelüste seine Rolle als Führer der Dritten Welt zu gefährden, und außerdem ist Matsumoto recht zu geben, der darauf hinweist, daß der von China geplante umfangreiche Export in die Staaten Südostasiens und eine aggressive Außenpolitik Chinas gegenüber eben jenen Staaten einander ausschließen⁷⁵.

c) Zum Problem der Paracel-Inseln

Der Vorfall um die Paracel-Inseln ist nicht geeignet, die in der vorangegangenen Untersuchung erarbeiteten Resultate in Frage zu stellen. Vielmehr kann er sogar dazu herangezogen werden, auf ihm aufbauende Schlußfolgerungen, China habe damit unverhohlen seine Absicht deklariert, den Weg der offenen Gewalt zu gehen, zu widerlegen. Letzteres könnte China dann vorgeworfen werden,

hätte es sich dabei unter Außerachtlassung internationalen Rechtes auf militärische Machtausübung gestützt. Dies ist aber nicht der Fall.

Gemäß den bekannten Fakten hat China eine ganze Reihe völkerrechtlicher Argumente für sich, die Inseln seinem Territorium zuzurechnen⁷⁶. Gewiß entspricht es einem ständigen Prinzip der chinesischen Außenpolitik, sich eines wohlfundierten territorialen Anspruchs nicht zu verschweigen, sondern ihn auch notfalls militärisch zu verteidigen⁷⁷. Völkerrechtswidrig wäre dies aber nur dann, wenn China der Angreifer wäre. Dies ist aber nach der einschlägigen gründlichen Studie Niehs vom Hamburger Institut für Asienkunde eher sehr unwahrscheinlich, sondern es sprechen viel mehr Fakten dafür, daß sich China in Wahrnehmung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen verankerten Rechtes auf Selbstverteidigung gegen südvietnamesische Aggressionsakte gewehrt hat⁷⁸.

Fest steht jedenfalls, daß China seinen Standpunkt, in Selbstverteidigung gehandelt zu haben, mit den üblichen völkerrechtlichen Argumenten untermauert hat⁷⁹. Es hat noch mehr getan: nicht nur nach außen, sondern vor allem auch der eigenen Bevölkerung gegenüber legte die chinesische Führung Wert darauf, die stattgefundenen militärischen Auseinandersetzungen eingehend zu rechtfertigen. Dabei wurde die Aktion so nachdrücklich als Selbstverteidigung dargestellt, daß dadurch nicht einmal unterschwellig ein expansionistischer Hurratriotismus genährt werden könnte.

Auf einem Plakat, das im August 1974 in Peking angekauft, im Mai 1974 in Peking in 100.000 Exemplaren gedruckt wurde und bilderbogenartig den Verlauf der Kampfhandlungen darstellt, findet sich folgender vorangestellter Kommentar:

„Am 11. Januar 1974 hat unser Außenministerium eine Erklärung veröffentlicht und heftig dagegen protestiert, daß die Saigoner Behörden willkürlich unser Recht auf territoriale Souveränität verletzt haben. Die Behörden von Saigon

kümmerten sich nicht um die wiederholten Warnungen unserer Regierung und sandten unablässig Flotten- und Luftstreitkräfte, um unsere Hoheitsgewässer, unseren Luftraum und unsere Souveränität über die Hsisha-Inselgruppe zu verletzen, besetzten gewaltsam unsere Inseln, zerstörten unsere Fischereiproduktion und feuerten mit leichten und schweren Waffen auf unsere Fischer und die Flotte, welche ihre normale Patrouillentätigkeit versah. Um unser Souveränitätsrecht zu schützen und um entschieden die militärischen Übergriffe abzuwehren nach dem Motto: ‚Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden, werden wir angegriffen, so schlagen wir sicher zurück‘ haben am 19. Januar unsere Streitkräfte und unser Volk an der vordersten Linie der Südsee einen tapferen Schlag der Selbstverteidigung gegen die eingedrungenen Feinde unternommen.“

Man machte sich darüber hinaus die Mühe, der chinesischen Bevölkerung in einer großangelegten Photodokumentationsausstellung den Verteidigungscharakter der chinesischen Aktionen zu erläutern⁷⁹ – ein entschlossener Aggressor würde seiner Bevölkerung nicht die Maximen des Verteidigungskrieges predigen!

V. Resümee

Zusammenfassend läßt sich sagen, zur Zeit sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß China sich selbst abschließen will oder eine durch radikale Außenpolitik herbeigeführte Isolierung in Kauf nehmen möchte. China strebt vielmehr danach, sich mit möglichst vielen Staaten der Welt zu solidarisieren und die Supermächte – insbesondere die Sowjetunion – zu isolieren. Das internationale Engagement Chinas wird fortgesetzt werden. China wird sich daher weiter mit der Welt und die Welt weiter mit China befassen müssen.

VI. Fußnoten

- 1 Von chinesischer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man in der chinesischen Gedankenwelt die Dinge in ihrer Stellung im Gesamtzusammenhang begreift. — S. Ssu Yunshyong, Die Struktur des chinesischen Rechtsdenkens und ihre Wirkung auf das moderne Recht, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, L III-3, S. 307; Shen Yi — Heinrich Stadelmann, China und sein Weltprogramm, Dresden, 1925, S. 142; vgl. auch Deng Xiao-ping, The Great Unity of the Chinese People and the Great Unity of the People's of the World, Peking, 1959, S. 1, 12, 16 f., sowie die Bedeutung, die Tschou En-lai der Beibehaltung der richtigen Linie im Interesse des Triumphes der Revolution in China und der Welt in seinem Bericht auf dem 10. Parteitag beigemessen hat — Tschou En-lai, Report to the Tenth National Congress of the Communist Party of China, in: The Tenth National Congress of the Communist Party of China (Documents), Foreign Languages Press, Peking, 1973, S. 20.
- 2 S. „Protest gegen die Spionagetätigkeit von Angehörigen der sowjetischen Botschaft in China“, in: Peking Rundschau, Nr. 4, vom 29. Januar 1974, S. 3; Saburo Matsumoto, Der 10. Parteitag und die Außenpolitik Chinas (japanisch), in: The Kokusai Mondai, Nr. 169, April 1974, S. 2; Shigeru Usami, Die Tendenz der chinesischen Innenpolitik, in: The Kokusai Mondai, Nr. 169, April 1974, S. 14. — Die Übersetzungen aus dem Japanischen verdanke ich meiner Frau Etsuko, der ich an dieser Stelle sehr herzlich danke.
- 3 S. Leo Goodstadt, Invoking harmful memories, in: Far Eastern Economic Review vom 8. April 1974, S. 18; vgl. auch die chinesische Protestnote vom 23. März 1974, die davon spricht, daß die drei sowjetischen Militärpersonen keinerlei medizinisches, wohl aber Gerät für Aufklärungszwecke mitgeführt hätten. Text in: Peking Rundschau, Nr. 13, 2. April 1974, S. 5.
- 4 S. Usami, loc. cit., S. 24.
- 5 S. Goodstadt, loc. cit., S. 18; vgl. dazu auch etwa „Kritik an Antonionis chinafeindlichem Film ‚China‘“, in: Peking Rundschau, Nr. 8, vom 26. Februar 1974, S. 13–16.
- 6 S. Helmut Martin, Kulturrevolution oder heiße Luft?, in: China aktuell, Jg. 3, Nr. 2, März 1974, S. 93.
- 7 S. ibd.; Derek Davies, Traveller's Tales, in: Far Eastern Economic Review vom 8. April 1974, S. 21.
- 8 S. Usami, loc. cit., S. 24; Martin, loc. cit., S. 91.
- 9 S. Martin, loc. cit., S. 93.
- 10 S. Leo Goodstadt, Raising the diplomatic drawbridge, in: Far Eastern Economic Review vom 1. April 1974, S. 15.
- 11 S. ibd., S. 93; Bonavia in der Times (London) vom 7. Januar 1974, zitiert nach Martin, loc. cit., S. 99; Usami, loc. cit., S. 25.
- 12 S. Leo Goodstadt, Echoes from the past, in: Far Eastern Economic Review vom 4. März 1974, S. 24; vgl. auch Oskar Weggel, Geht China einer neuen Kulturrevolution entgegen?, in: China aktuell, Jg. 2, Nr. 12, Januar 1974, S. 808.
- 13 Zitiert nach Goodstadt, Echoes from the past, S. 24.
- 14 S. Saburo Matsumoto, loc. cit., S. 12; Roderic MacFarquhar, China nach dem 10. Parteitag, in: Asia Jiho, Februar 1974, zitiert nach Matsumoto, loc. cit., S. 12; Oskar Weggel, Ende des heißen Sommers in Peking, in: China aktuell, Jg. 3, Nr. 8, September 1974, S. 542.
- 15 Vgl. Helmut Martin, loc. cit., S. 93.
- 16 S. ibd.; Neue Zürcher Zeitung vom 26. Februar 1974, zitiert nach Martin, loc. cit., S. 99; Cheng Huan, A matter of legality, in: Far Eastern Economic Review vom 25. Februar 1974, S. 25; Yu-hsi Nieh, Die Rechtsfrage der Archipele im südchinesischen Meer, in: China aktuell, Jg. 3, Nr. 1, Februar 1974, S. 25–30; Usami, loc. cit., S. 14; Matsumoto, loc. cit., S. 11; vgl. auch die entsprechende Erklärung des chinesischen Außenministeriums in: Peking Rundschau Nr. 4 vom 29. Januar 1974, S. 5.
- 17 S. etwa I. Alexandrow, Über einige Zielsetzungen des außenpolitischen Kurses der chinesischen Führung, in: Sowjetunion heute, Jg. 19, Heft 21 vom 1. November 1973, S. 22; O. Borisow-B. Koloskow, Peking's Foreign Policy After the Tenth Congress of the CPC, in: International Affairs (Moskau), Nr. 7, Juli 1974, S. 42; Y. Agranow, Peking's Great-Power Policy and Western Europe, in: International Affairs (Moskau), Nr. 4, April 1974, S. 27.
- 18 S. K. Smirnow, Der Kampf gegen Lin Biao und Konfuzius und der außenpolitische Kurs Pekings, in: Nowosti (APN), Nr. 17 (435) vom 30. April 1974, S. 4.
- 19 Vgl. auch B. Kubarow, Social-Chauvinism in Peking's Policies, in: International Affairs (Moskau), Nr. 3, März 1974, S. 74.
- 20 S. K. Smirnow, loc. cit., S. 4.
- 21 S. I. Alexejew — G. Apalin, Two Periods in the PRC's History: Two Results (The 25th Anniversary of the People's Republic of China), in: International Affairs (Moskau), Nr. 11, November 1974, S. 30.
- 22 S. Usami, loc. cit., S. 24; Martin, loc. cit., S. 93; Bonavia in der Times (London) vom 7. Januar 1974, zitiert nach Martin, loc. cit., S. 93. — Manche meinten sogar Anfang 1974 nach spätestens sechs Monaten würde es keine Visa mehr nach Peking geben. — S. Die Welt vom 6. Februar 1974, zitiert nach Martin, loc. cit., S. 99.
- 23 S. Leo Goodstadt, Raising the diplomatic drawbridge, S. 15.
- 24 Vgl. The Tenth National Congress of the Communist Party of China (Documents), S. 21–30 bzw. 55–57.
- 25 S. oben unter Fn 14.
- 26 S. Matsumoto, loc. cit., S. 12.
- 27 S. K. Smirnow, loc. cit., S. 1.
- 28 S. ibd., S. 2.
- 29 S. ibd., S. 4; vgl. auch Borisow — Koloskow, loc. cit., S. 42: „The Maoists now have need of the cult of force to back up their annexationist claims on a number of neighbouring states.“
- 30 S. Smirnow, loc. cit., S. 4.
- 31 I. Alexejew — G. Apalin, loc. cit., S. 30.
- 32 S. Kubarow, loc. cit., S. 74.
- 33 Vgl. Tschou En-lai, Report to the Tenth National Congress of the Communist Party of China, S. 21–30.

34 S. Leo Goodstadt, Raising the diplomatic drawbridge, S. 15.

34a Vgl. etwa den Besuch von Präsident Makarios, dessen Gastgeber auf dem ihm zu Ehren gegebenen Bankett zwar Vize-Premier Deng Xiaoping war, für den aber trotzdem speziell ein Besuch bei Premier Tschou En-lai arrangiert wurde. — S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 5913 vom 19. Mai 1974, S. 3–5. Sogar bezüglich des Empfanges für Präsident Makarios bei seiner Ankunft in China gingen Protokoll und Berichterstattung mit größter Umsicht vor, indem Makarios zwar am Flughafen von Deng Xiaoping begrüßt wurde, sich dann aber im Gästehaus auch Tschou En-lai zur Begrüßung einfand, worüber man auch besonders berichtete. — S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 5912 vom 18. Mai 1974, S. 3.

35 Dies war beim amerikanischen demokratischen Senator Henry M. Jackson und dessen Gattin der Fall — s. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 5959 vom 6. Juli 1974, S. 17 („Peking, Juli 5, 1974 [hsinhual — Premier Chou En-lai met with Henry M. Jackson, US democratic senator, and Mrs. Jackson in a hospital here this morning...]“ — und fand erst kürzlich im Falle Kissingers und dessen Familie Wiederholung: „Peking, November 25, 1974 — Premier Chou En-lai met in a hospital here this afternoon with Dr. Henry A. Kissinger, US secretary of state and assistant to the president for national security affairs, Mrs. Nancy M. Kissinger and Dr. Kissinger's son and daughter.“ — Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6101 vom 26. November, 1974, S. 8.

36 S. Leo Goodstadt, Reassuring ways, in: Far Eastern Economic Review vom 15. April 1974, S. 18; vgl. auch Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 5871 vom 5. April 1974, S. 3: „Peking, April 4, 1974 — Premier Chou En-lai sent a message to Madame Georges Pompidou yesterday, expressing, on behalf of Chairman Mao Tse-tung and in his own name, deep condolences on the untimely death of the late French president Georges Pompidou. The message reads: „Madame Georges Pompidou, Paris, Learning of the untimely death of his Excellency the late president Georges Pompidou, I wish to express, on behalf of Chairman Mao Tse-tung and in my own name, our deep condolences on the passing away of this famous statesman who worked for the defence of the national independence of France, and our solicitous sympathy to yourself. Chou En-lai, Peking, April 3, 1974“.

37 S. Melvin Gurtov, The Foreign Ministry and Foreign Affairs during the Cultural Revolution, in: The China Quarterly, Nr. 40, Okt./Dez. 1969, S. 77; Gerd Kaminski, Chinesische Positionen zum Völkerrecht, Berlin 1973, S. 235–237.

38 S. Kaminski, Chinesische Positionen zum Völkerrecht, S. 287 f.

39 S. auch ibd. S. 289.

39a S. Kay-yu Hsu, Chou En-lai, New York 1969, S. 32; Oskar Weggel, Die Rückkehr des pfefferigen Napoleon, in: China aktuell, Jg. 2, Nr. 4, Mai 1973, S. 226.

40 S. Teng Hsiao-P'ing's Self-Criticism at the Central Work Conference on October 23, 1966, in: Chinese Law and Government, Bd. 3, Nr. 4, Winter 1970/71, S. 289.

41 S. Chronik der österreichisch-chinesischen Beziehungen, in: China-Report Nr. 12, 1973, S. 30 f.; vgl. auch die Erinnerungen des ersten Leiters einer Vorstandsdelegation des Österreichischen China-Forschungsinstitutes nach China, Vizekanzler a. D. Dr. Withalm, in: Hermann Withalm, Antworten, Graz-Wien-Köln, 1974, S. 238 f., 245 f. 42 Vgl. die Hsinhua-Berichte über den Austausch solcher Delegationen zwischen China und Japan, in: Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6013 vom 30. August 1974, S. 11 (japanischer Besuch in China) sowie Nr. 6089 vom 14. November 1974, S. 5 (chinesischer Besuch in Japan).

43 S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6030 vom 16. September 1974, S. 7; Nr. 6087 vom 3. November 1974, S. 12; Nr. 5943 vom 20. Juni 1974, S. 14.

44 S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 5969 vom 16. Juli 1974, S. 6; Nr. 5946 vom 23. Juni 1974, S. 2; Nr. 6028 vom 14. September 1974, S. 2; Nr. 6060 vom 16. Oktober 1974, S. 9.

45 S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6055 vom 11. Oktober 1974, S. 2; Nr. 6060 vom 16. Oktober 1974, S. 16; Nr. 6064 vom 20. Oktober 1974, S. 7; Nr. 6069 vom 25. Oktober 1974, S. 5; Nr. 6073 vom 29. Oktober 1974, S. 6; Nr. 6076 vom 1. November 1974, S. 5; Nr. 6081 vom 6. November 1974, S. 20.

45a S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6044 vom 30. September 1974, S. 15; Nr. 6074 vom 30. Oktober 1974, S. 11; Nr. 6091 vom 16. November 1974, S. 7.

45b S. Da Gong-Bao vom 15. Februar 1974, zitiert nach Usami, loc. cit., S. 25.

46 Von chinesischer Seite wurde den von der Kritik an den europäischen Komponisten besonders getroffenen und betroffenen Österreichern immer wieder erklärt, es handle sich dabei keineswegs um eine Kritik, welche gegen die Künstler selbst gerichtet sei, deren Verdienste man anerkenne. Es gehe dabei vielmehr um die Stellung der Musik jener berühmten Klassiker in ihrem Zusammenhang mit dem heutigen chinesischen Musikschaffen. Minister Qiao Guan-hua meinte nach den Aufzeichnungen des Delegationsleiters der Vorstandsdelegation des Österreichischen China-Forschungsinstitutes vom März 1974, Vizekanzler a. D. DDR. Pittermann, etwa folgendes: „Wir sind Marxisten-Leninisten und bezeichnen die Zeit, in der diese Musiker wirkten, als die einer aristokratisch-bürgerlichen Gesellschaft, die wir ablehnen. Mögen die einzelnen Menschen als Künstler bedeutend sein, was wir gar nicht abstreiten, sie schufen ihre Werke in dieser Gesellschaft und für sie, darum lehnen wir sie ab.“ — S. Bruno Pittermann, Ein Volk vertraut seiner Leistung, Wien 1974 (vervielfältigtes workingpaper), S. 11 f.

Aus den in China geführten Gesprächen gewann der Verfasser außerdem den Eindruck, daß es sich bei den scharfen kritischen Publikationen um Diskussionsbeiträge und noch nicht um das Ergebnis der laufenden Diskussion handelt. In China gibt es in der Kunstauffassung eine gewisse Bandbreite für Meinungen und Diskussionen. Doch waren die gesteckten Grenzen eindeutig überschritten worden, als nach den Gastspielen europäischer Orchester in China Stimmen laut geworden waren, Musik habe keinen Klassencharakter. Solche akzentuierten, zu den von Mao Tse-tung selbst für die

Kunstauffassung festgelegten Leitlinien in diametralem Gegensatz stehenden Äußerungen konnten nicht hingenommen werden. Die Schärfe der darauf folgenden Kritik ist daher auch in ihrer Funktion der Betonung der Gültigkeit der offiziellen chinesischen Kunstauffassung zu sehen und in diesem Sinne zu würdigen. Diese These wird auch durch ein Zitat aus einem der Grundsatzartikel über Musik und Klassencharakter gestützt, welches aber auch gleichzeitig deutlich erkennen läßt, daß man die europäische Musikkultur nicht rundweg und ausnahmslos zurückweist: „... Wenn diese falschen Ideen des Sichverbeugens vor dem Ausländischen und der Schmähung des Chinesischen nicht kritisiert und verurteilt werden, dann kann sich die proletarische Literatur und Kunst nicht entwickeln, dann kann die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für Literatur und Kunst nicht durchgesetzt werden. Wir sind nicht einfach gegen alles Ausländische. Wir müssen gewissenhaft die von Marx, Engels, Lenin und Stalin entwickelte Theorie der Revolution studieren. Wir müssen von den revolutionären Erfahrungen der Arbeiterklasse und der revolutionären Völker aller Länder und von den fortgeschrittenen Erkenntnissen in Wissenschaft und Technik lernen. Wir müssen gewisse Techniken der klassischen bürgerlichen Musik kritisch übernehmen. Aber wir dürfen uns nicht einfach alles unkritisch einverleiben...“ — Dschao Hua, Hat ein Musikstück ohne beschreibenden Titel keinen Klassencharakter?, in: Peking Rundschau, Nr. 9 vom 5. März 1974, S. 21.

46a S. „Wird China Kredite aufnehmen?“, in: „Die Presse“ vom 9. Dezember 1974, S. 10.

47 Dscheng Schi, Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, Peking 1974, S. 7.

48 ibd., S. 53.

48a Im Sinne einer geplanten Ausweitung des chinesischen Außenhandels wäre auch die neu erfolgte Herausgabe der Vierteljahresschrift „China's Foreign Trade“ zu deuten.

49 Wang Yao-ting, Chinas Außenhandel, in: Peking Rundschau, Nr. 42 vom 22. Oktober 1974, S. 18.

50 Vgl. dazu Jerg Haas, Die Volksmassen bestimmen, wer sie fotografieren darf, in: Blickpunkt (von der GVFC anlässlich des chinesischen Jubiläumsjahres gestaltetes Sonderheft), Nr. 238, Oktober 1974, S. 35 f.

51 S. Oskar Weggel, Geht China einer neuen Kulturrevolution entgegen?, in: China aktuell, Jg. 2, Nr. 12, Januar 1974, S. 807–810.

52 S. Wang Hung-wen, Report on the Revision of the Party Constitution, S. 56.

53 S. Tschou En-lai, Report to the Tenth National Congress of the Communist Party of China, S. 25.

54 S. ibd., S. 25 f.

55 S. ibd., S. 30.

56 S. oben unter Fn 12 und Fn 13.

57 In diesem Sinne auch Helmut Martin, Maos revolutionäre Linie gegen Maos revolutionär-diplomatische Linie, in: China aktuell, Jg. 2, Nr. 11, Dezember 1973, S. 763.

58 S. Weggel, Geht China einer neuen Kulturrevolution entgegen?, S. 809.

59 Derlei Tendenzen wurden etwa in einem Be-

richt über die Feierlichkeiten, die anlässlich des fünfundzwanzigsten Jahrbiläums der VR China in Österreich stattgefunden haben, spürbar. In einer bis dahin unüblich gewesenen Weise wurde zwischen „freundschaftlichen“ und „progressiven“ Institutionen unterschieden, wobei mit letzteren die peking-orientierten politischen Gruppierungen gemeint waren. — S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6058 vom 14. Oktober 1974, S. 2.

60 S. Matsumoto, loc. cit., S. 13; Martin, Maos revolutionäre Linie gegen Maos revolutionär-diplomatische Linie, S. 766; idem, Kulturrevolution oder heiße Luft?, S. 98.

61 S. Goodstadt, Echoes from the past, S. 22 f.

62 S. Press Communiqué of the Tenth National Congress of the Communist Party of China (August 29, 1973), in: The Tenth National Congress of the Communist Party of China (Documents), S. 85.

63 S. Matsumoto, der sich dabei vor allem auf folgende Materialien stützt: den Artikel „Die Hegemonie kann nicht das Schicksal der Welt entscheiden“, in: Hongqi Nr. 10, 1973; die Reden Qiao Guan-huas vor der UN-Generalversammlung; Peking Review Nr. 1 aus 1974; die gemeinsamen Leitartikel von Renmin Ribao, Hongqi und Jiefangjun Bao zu Neujahr 1974 sowie die Hsinhua-Kommentare vom 8. und 22. Januar 1974: „Die Welt — große Unordnung, ausgezeichnete Lage“, „Die Dritte Welt erwacht und erstarkt im gemeinsamen Kampf“.

63a „China unterstützt seit jeher den Befreiungskampf aller unterdrückten Nationen und Völker der Welt und hält dies für seine unbedingte internationale Pflicht“ — Text der Rede Qiao Guan-huas in: Peking Rundschau, Nr. 41 vom 15. Oktober 1974, S. 10 ff. Der zitierte Passus findet sich auf S. 11.

64 Vgl.: „Was die von unterdrückten Nationen und Volksmassen geführten Kriege betrifft, sind wir weit davon entfernt dagegen zu sein, werden sie vielmehr immer entschieden unterstützen und ihnen aktiv Hilfe leisten.“ — Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking, 1965, S. 70 f.

65 Vgl. Kaminski, Chinesische Positionen zum Völkerrecht, S. 287 f. und die dort angegebenen Quellen sowie den Abdruck von Qiao Guan-huas Rede, Fn 63a.

66 S. Peking Rundschau, Nr. 41 vom 15. Oktober 1974, S. 11.

67 „... Tatsächlich besteht heute zwischen den beiden ‚Supermächten‘ faktisch kein ‚Gleichgewicht der Kräfte‘, sondern versucht die eine Seite mit aller Kraft die andere Seite einzuholen und zu überwältigen, und ein beispielloser heftiger Wettstreit geht vor sich. Es ist nicht verwunderlich, daß jene sich für ‚sozialistisch‘ ausgebende Supermacht vor kurzem arrogant prahlte, sie sei ‚an der ganzen Front der globalen Konfrontation‘ in einer sogenannten ‚historischen Offensive‘, und ihr Schritt beim Vorrücken sei ‚rapide‘“. — S. ibd.

68 S. Helmut Martin, Kulturrevolution oder heiße Luft?, S. 93 f., und die dort angegebenen Quellen.

69 Dies zeigen unter Heranziehung bereiteter statistischer Vergleiche Peter J. Opitz, Vorgänge im Inneren eines ‚Monolithen‘ — China nach der Kulturrevolution, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 4,

1974, S. 349–351 sowie Wolfgang Bartke, Das Re-
virement im Militärapparat, in: China aktuell,
Jg. 3, Nr. 1, Februar 1974, S. 16–24.

70 S. Yang Rong-guo, Eine kurze Geschichte der
Philosophie Chinas, Peking, 1973, S. 72. — Die in
diesem Artikel verwendeten chinesischen Ori-
ginalquellen wurden gemeinsam mit Frau Prof. Vi-
vien Pick übersetzt, der ich an dieser Stelle er-
gebenst danke.

70a S. Brunhild Staiger, Die neueste Konfuzius-
diskussion in China, in: China aktuell, Jg. 2,
Nr. 12, Januar 1974, S. 811.

71 S. Kubarow, loc. cit., S. 74.

72 Selected Works of Mao Tse-tung, Vol. II, Pe-
king 1965, S. 311.

73 Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. II, Pe-
king 1968, S. 360.

74 S. Peking Rundschau Nr. 11 vom 18. März
1969, S. 15 ff; Nr. 22 vom 3. Juni 1969 sowie Gerd
Kaminski, Der chinesisch-sowjetische Konflikt um
die Insel Damanski-Dschenbao, in: Österreichische
Zeitschrift für öffentliches Recht, 20, (1970),
S. 291–339.

75 S. Matsumoto, loc. cit., S. 13. — Im Detail führt
Matsumoto aus, China müsse für seinen Aufbau
zumindest in gewissem Umfang Güter und Tech-
nologie aus dem Westen einführen. Die dazu benö-
tigten Mittel könne es sich vor allem durch Ex-
porte nach Hongkong und die Staaten Südost-
asiens beschaffen, so daß es schon aus diesem
Grunde Interesse an einer Atmosphäre der guten
Nachbarschaft habe.

76 S. Yu-hsi Nieh, loc. cit., S. 25–30; Cheng Huan,
loc. cit., S. 25–28.

77 S. Kaminski, Chinesische Positionen zum Völ-
kerrecht, S. 184 f.

78 S. Nieh — loc. cit., S. 25, 29 —, der sich unter
anderem auch auf amerikanische Quellen stützen
kann, welche bestätigen, daß die strittigen Inseln
schon vor den Kampfhandlungen auf Dauer einge-
richtete chinesische Besiedlung aufwiesen.

79 S. Hsinhua-Bulletin (London) Nr. 6077 vom
2. November 1974, S. 19.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Österreichische Gesellschaft für China-Forschung
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Gerd Kaminski
Vervielfältigung: UWI-Dienst Ges.m.b.H.
Alle: 1010 Wien, Tuchlauben 8/1. Stock